:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 18.7.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Rechte rüsten für Wunsiedel – Antifas rufen zum Protest auf

Am 17. August 2002 soll in Wunsiedel wieder der traditionelle Rudolf-Heß-Gedenkmarsch stattfinden. Diesmal zu seinem 15. Todestag. Nachdem im letzten Jahr nur wenige Antifaschist/innen während der Demonstration von über Tausend Alt- und Neonazis vor Ort waren, wird in diesem jahr schon frühzeitig Protest vorbereitet.

Heß, der am 17. August 1987 mit 93 Jahren im Gefängnis Berlin-Spandau starb und im oberfränkischen Wunsiedel beerdigt wurde, war schon zu Lebzeiten Märtyrerfigur der Rechten. Er wird in der rechtsradikalen Szene als Held unter der NS-Führungsriege verehrt. Als sog. „Botschafter des Friedens“ steht er für die Konservativen gegen den Vorwurf der kriegerischen Mentalität Deutschlands. Der Heß-Aufmarsch im vergangenen Jahr wurde in der Neonaziszene als großer Erfolg wahrgenommen. Der Anmelder Jürgen Rieger und die Führungsclique der „Freien Kameradschaften“ Christian Worch, Thomas Wulff, Peter Borchert und andere, standen da. Am Aufmarsch selbst beteiligten sich Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Neben dem verurteilten Rechtsterroristen und Ex-FAPler Friedhelm Busse waren „Blood & Honour“-Mitglieder und militante „Nationalisten“ gekommen. Die NPD war bis auf etwas JN-„Fußvolk“ kaum vertreten. Im ständigen Konflikt zwischen den Kameradschaften und der NPD über die Führerschaft der „nationalen Opposition“ konnten die „Freien“ den Heß-Marsch in Wunsiedel für sich als Erfolg verbuchen.

Die Neonazis wollen sich ab 10 Uhr am Festplatz am Burgermühlweiher in Wunsiedel sammeln. Die gesamte Veranstaltung wurde von ihnen bis 22 Uhr angemeldet.

Antifa - Infotelefon: 0162/6958465
http://hess.leftflash.net ■

Aus dem Inhalt:

Chaotische Aufstellung der Landeslisten bei „Schill“ 5
Bundestag will europäisches Zentrum gegen Vertreibung . . . 8
EU: Fluchtburg statt Festung!. . .14

„Passt bloß auf!“ Mit dieser eindeutigen Warnung zogen am 6. Juli rund 500 Menschen gegen eine vom Neofaschisten Rouhs angemeldete „Mahnwache gegen den Sittenverfall“ im Vorfeld der CSD-Parade durch Köln. Rouhs sagte ab.

Bild: arbeiterfotografie

NPD-Verbotsverfahren:

Alle Nazi-Spitzel ans Licht!
Alle Unterlagen auf den Tisch!

Jeder siebte Funktionär der NPD auf Landes- und Bundesebene ist ein Nazispitzel, zu diesem Schluss kommt „Der Spiegel“ (1). Eine interne Aufstellung habe ergeben, dass 30 der insgesamt 210 Mitglieder der Landes- und Bundesvorstände für den Nachrichtendienst arbeiten. „Die Welt am Sonntag“ (2) spricht sogar von „eingeschleusten Spitzeln“.

Vermutet hat man das die ganze Zeit, trotzdem ist der Vorgang ungeheuerlich, weil sich sofort die Frage anschließt: War die NPD von Spitzeln gesteuert? Und was bedeutet dies für das Verbotsverfahren in Karlsruhe?

Schily und Beckstein haben sich anscheinend darauf verständigt, den Verfassungsrichtern die Namen der Nazi-Spitzel zu nennen, ohne dass sie öffentlich genannt werden.

Ob sich das Gericht auf dieses Verfahren einlässt, ist allerdings zweifelhaft. Experten sowohl aus dem kritischen als auch dem konservativen Lager warnen die Bundesregierung. Heribert Prantl schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Wenn Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung die Partei in Karlsruhe verbieten lassen wollen, dann müssen sie ihre Beweise vorlegen – vollständig und vollzählig. Dann müssen Geheimhaltungsinteressen zurücktreten. Dann müssen die V-Leute benannt, dann müssen alle Karten aufgedeckt werden.“(3)

Rupert Scholz, ehemaliger Verfassungsrichter, erklärte am vergangenen Wochenende:

„Ein Verbotsverfahren ist eine wesentliche Tatsachenentscheidung des Verfassungsgerichts. Tatsachen heißt Beweiswürdigung. Und Beweiswürdigung heißt, dass die Beweise auf den Tisch müssen. Deshalb darf man dem Gericht keine Beweise vorenthalten. Wenn man aus anderen Argumenten heraus, etwa aus nachvollziehbarer Sorge, V-Leute zu verbrennen, die Möglichkeit nicht sieht, dem Bundesverfassungsgericht alle Beweise vorzulegen,

weiter S. 3

Sauerzapf unerwünscht

KASSEL. Rolf Sauerzapf, pensionierter Kirchenrat und ehemaliger Leiter der evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz, ist als Gastredner an der Kasseler Friedenskirche künftig nicht mehr erwünscht.

Eine Mehrheit des Kirchenvorstandes hat sich im April dafür ausgesprochen, Sauerzapfs „Einbindung als Gastprediger nicht weiter zu verlängern". Sauerzapf war u.a. Autor in der Zeitschrift „Criticon", gehörte dem Bundesvorstand des „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) an und ist heute Vorsitzender des „Preußeninstitut/Zollernkreis". Vor allem die jüngere Generation in der Gemeinde hatte Sauerzapfs Predigten „zunehmend kritisch" betrachtet. In einem Gespräch mit dem Kirchenvorstand wurde Sauerzapf u.a. vorgeworfen, „intolerant" zu sein. Kritisiert wurden auch Sauerzapfs Äußerungen zur Segnung homosexueller Paare. Nach dem Gespräch hatte dieser seine Tätigkeit als Prediger zur Disposition gestellt und verdeutlicht, dass er zu weiteren Gesprächen über Inhalte seiner Predigten nicht mehr bereit sei. *„JF" 29/02 – hma* ■

VdS-Vertreterversammlung

BAD GODESBERG. Auf seiner Vertreterversammlung am 27. April hat der „Verband Deutscher Soldaten" (VdS) seine seit 20 Jahren amtierende Bundesfrauenreferentin Ursula Keßler-von Nathusius zum Ehrenmitglied ernannt. Die Pensionärin aus Marburg trat 1935 in den „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) ein und war jüngst Mitunterzeichnerin des „Appells für die Pressefreiheit" der „Jungen Freiheit". Im Jahresbericht des VdS-Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Horst-Erich Hoppe, wurde u.a. festgestellt, dass die „Zusammenarbeit" mit dem Bundesministerium der Verteidigung „wiederhergestellt" sei, die „Irritationen" seien „ausgeräumt".

Offensichtlich hat es beim „Bundesministerium der Verteidigung" keine „Irritationen" hervorgerufen, das der langjährige Bundesvorsitzende und nun Ehrenvorsitzende des VdS, Generalmajor a.D. Jürgen Schreiber, unlängst in einem einschlägig rechten Verlag ein Buch veröffentlicht hatte. Schreibers Buch mit dem Titel „Vom Jungvolkpimpf zum Bundeswehrgeneral. Sieben Jahrzehnte erlebte Geschichte" wurde vom Kurt Vowinckel-Verlag in Inning am Ammersee verlegt. Verlagsgründer Vowinckel war während des Naziregimes Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels und Schriftleiter der Zeitschrift „Geopolitik" und Anfang der 60er Jahre Mitgründer und Funktionär der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP). Heute gehört der Verlag zum Imperium des Gerd Sudholt, heute stellvertretender Vorsitzender der „GfP". Selbstverständlich wird Schreibers Buch auch im Buchangebot des VdS angepriesen.

Mit Zufriedenheit stellt der VdS fest, dass „der Kampf gegen die Diffamierung des Soldatentums" nun „entspannter angegangen werden" kann. „Die Auslandseinsätze der Bundeswehr hätten dazu beigetragen, im linken Lager offensichtlich mehr Akzeptanz zu sichern", heißt es dort. Die überarbeitete Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht" ernte „nur geringes Interesse". Besondere Aufmerksamkeit verdiene nun der „Deutsche Jugendbund Steuben e.V.". „Die Jugendarbeit im Steuben-Bund sei die Zukunft des VdS". Unter dem Bundesvorsitzenden Karl-Heinz Gisberts plant der „Deutsche Jugendbund Steuben e.V." in diesem Jahr u.a. ein Sommerzeltlager bei Ansbach/Mittelfranken und für September die nächste Bundesdelegiertenversammlung „im Jugendzentrum der Mannheimer Gruppe". Für eine enge Anbindung der Jugendgruppe an den VdS sorgt u.a. der Major der Reserve Klaus Ruhmann, sowohl Mitglied im VdS als auch im „Steuben-Bund". Die neueste Ausgabe der VdS-Verbandszeitschrift „Soldat im Volk" wartet u.a. mit Nachdrucken aus der „Jungen Freiheit" und der „Deutschen Militärzeitschrift" auf.

„Soldat im Volk" 5-6/02 – hma ■

„Nationalsozialist besonderer Art"

BERCHTESGADEN. Als „Nationalsozialist besonderer Art" ehrte die neofaschistische Zeitschrift „Nation und Europa" in ihrem Nachruf den unlängst in Berchtesgaden verstorbenen früheren NS-Reichsfilmintendanten Fritz Hippler (1909-2002). „Nur menschlicher Abschaum konnte ein solches Teufelswerk in die Welt setzen", schreibt Hilmar Hoffman in seinem Buch „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit. Propaganda im NS-Film" (Fischer, Frankfurt 1988) über den antisemitischen Propagandafilm „Der ewige Jude", der 1940 unter der „künstlerischen Leitung" des SS-Hauptsturmführers Dr. Fritz Hippler erstellt worden war. Bereits 1933 war Hippler Führer der NS-Studentenschaft in Berlin, arbeitete später in der Reichsjugendführung, in der Reichsfilmkammer und wurde 1939 als Chef der Wochenschau-Zentrale von NS-Propagandachef Goebbels zum Reichsfilmintendanten ernannt. Nach dem Krieg wirkte Hippler an der Erstellung von Dokumentar- und Industriefilmen mit und unterhielt, laut „Nation und Europa" (7-8/02), Kontakte „zu führenden Repräsentanten der damals noch national-liberalen FDP". Neben Artikeln in „Nation und Europa" und den „Deutschen Monatsheften" verfasste Hippler auch Leserbriefe an die „Junge Freiheit" und die „CC-Blätter", die Zeitschrift der Studentenverbindung „Coburger Convent" (CC), deren „Alter Herr" Hippler bis zuletzt war. *hma* ■

Broschüre zum Verbindungs-(Un)Wesen

DÜSSELDORF. „Verbindungs-(Un)Wesen. Anachronismus an den Hochschulen?" heißt eine 36seitige Broschüre, die vom AstA der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf) herausgegeben wurde. Die, für Einsteiger/innen in die Thematik, gutgemachte Broschüre berichtet über studentische Korporationen als „Gemeinschaften mit elitärer Zielsetzung", die „Geschichte der Burschenschaften und anderer Verbindungen", über „die neuere Entwicklung der „Deutschen Burschenschaft" und als Beispiel vor Ort über die Düsseldorfer Burschenschaft Rhenania-Salingia. Eine Literaturliste und ein „kleines Lexikon verbindungsstudentischer Fachausdrücke" runden die Broschüre ab. *hma* ■

Antifa-Workcamp Buchenwald

WEIMAR. Das am 20.7. beginnende Antifa-Workcamp in Weimar/Buchenwald wird auch diesem Jahr zahlreiche antifaschistische Jugendliche und Erwachsene begrüßen können. Vielfältige Aktivitäten wie Lesungen, Vorträge, Zeitzeugengespräche, Aktionen in der Stadt Weimar und praktische Arbeitsprojekte sollen realisiert werden.

Fortsetzung von Seite 1

muss man die Einleitung des Verfahrens überprüfen.“ (2)

Einigen Konservativen und den Liberalen geht es jetzt darum, das Verfahren niederzuschlagen. Sie wollen ihre Verbindungen ins rechtsextreme Lager nicht kappen und wollen die Bundesregierung vorführen. So fordert die FDP die „Rücknahme der Verbotsanträge“. (4) Wen wundert das, bei den antisemitischen Kräften in dieser Partei.

Faktisch sind die bisherigen Bundes- und Landesregierungen so vorgegangen: Seit Jahren haben sie die NPD über Spitzel maßgeblich mit gesteuert.

NPD-Aufmarsch Hammelburg, 2000

Nachdem dieses Verfahren gescheitert war, wurden die Spitzel nicht abgezogen, sondern wirkten weiter in der NPD, weil sie Spitzel und Nazis gleichzeitig waren. Dies könnte den Antragstellern in Karlsruhe noch zum Verhängnis werden, weil die Unterwanderung der NPD formal nie beendet worden ist und unklar bleibt, was ist nun Verfassungsschutz und was ist pure NPD.

Dazu kommt, dass der Verbotsantrag seitens des Verfassungsgerichtes als Mittel zum Zweck ausgelegt werden könnte. Eine Aufmischung der NPD über Spitzel war nicht möglich, jetzt versucht es die Regierung mal mit einem Verbot.

Sollte das NPD-Verbotsverfahren scheitern, wäre dies eine große Bestätigung für alle rechtsextremen Kreise. Deshalb sollten alle Unterlagen auf den Tisch. Spitzel muss man nicht schützen und Spitzel, die eh dem rechtsextremen Kreis zugeordnet werden müssen, sowieso nicht. Die Bundes- und Landesämter sollten froh sein, wenn sie sie los werden. *Jörg Detjen* ■

Quellenhinweis:
1 Der Spiegel, 15. Juli
2 Welt am Sonntag, 14. Juli
3 Süddeutsche Zeitung, 11. Juli
4 Die Welt, 11. Juli

Dokumentiert:

V-Leute bei der NPD – Geführte Führende oder Führende Geführte?

Eine Studie von Martin Dietzsch und Alfred Schobert, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Juli 2002, für die AG Innen- und Rechtspolitik der PDS-Bundestagsfraktion

Abstract
Eine Analyse der Aktivitäten der V-Leute Holtmann und Frenz ergibt, dass diese nicht als ‚agents provocateurs‘ innerhalb der NPD wirkten. Vollkommen unsinnig wäre es, sogar von einer Steuerung der NPD durch Geheimdienste zu sprechen. Vielmehr verkörperten die beiden exponierten NPD-Funktionäre den Typus des ‚omnimodo facturus‘, d.h. um Personen, die man zu nichts anstiften kann, weil sie ohnehin zu allem bereit sind.

Ihre Aktivitäten deckten sich nahtlos mit dem sonstigen Kurs der Partei und sie genossen gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei. Aus diesem Grund kann die V-Mann-Affäre nicht als Argument gegen das lange überfällige Verbot der NPD dienen.

Freilich wirft die Affäre ein düsteres Licht auf die Aktivitäten der Verfassungsschutzämter, insbesondere auf deren V-Mann-Praxis. Diese führte letztendlich dazu, die NPD. zu stärken, statt sie zu schwächen, und sie erbrachte geheimdienstliche Informationen, die zuvor von der NPD-Führung gefiltert waren und deren Wert auch deshalb mehr als zweifelhaft gewesen sein dürfte.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, das V-Mann-Unwesen endlich vollständig zu beenden.

Die Affäre ist ein Beleg daftir, dass sich die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland einer wirksamen demokratischen Kontrolle erfolgreich entziehen. ■

Rechte Gewalt unverändert ein gravierendes Problem

ERFURT. Die wenigsten rassistischen und rechtsextremen Angriffe in Thüringen gelangen offenbar an die Öffentlichkeit, stellte die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD) im Zusammenhang mit einer Bilanzierung ihres Wirkens im ersten Halbjahr 2002 fest. Nicht anders sei zumindest zu erklären, dass trotz Verlautbarungen über sinkende Zahlen rechtsextremer Gewalttaten durch die Landesregierung der Zulauf zu den Beratungsangeboten der Anlaufstelle wachse. Im ersten Halbjahr 2002 registrierte ABAD mehr als 20 Angriffe mit erkennbar fremdenfeindlichem bzw. rechtsextremem Hintergrund. Die Dunkelziffer wird von den MitarbeiterInnen als wesentlich höher eingeschätzt.„Nicht wenige Betroffene scheuen den Weg in eine Beratungsstelle oder zur Polizei, weil sie weitere Angriffe aus Rache befürchten oder bereits schlechte Erfahrungen mit Polizei und Behörden gemacht haben,“ erklärt die 29-jährige Psychologin Rahel Krückels, Mitarbeiterin im Erfurter ABAD-Büro. Viele Betroffene hätten auch einfach noch nichts von den Beratungsangeboten gehört. ABAD, als Projekt des Thüringer Flüchtlingsrates seit September des vergangenen Jahres tätig, würde auch deshalb Hinweise auf zurück liegende Angriffe häufiger von Freunden oder Verwandten der Betroffenen als von den Betroffenen selbst erhalten.

Um in allen Regionen des Freistaates Betroffenen mit konkreter Hilfe zur Verfügung zu stehen, wird ABAD in Zukunft verstärkt daran arbeiten, ein Netzwerk von ehrenamtlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Thüringen aufzubauen. Ungewiss indes ist die weitere Förderung des Projektes aus dem CIVITAS-Programm der Bundesregierung. „Der Aufstand der Anständigen stellt sich als verhängnisvoll kurzatmig heraus“, kommentiert der 37-jährige Politologe Fritz Burschel, der im Geraer ABAD-Büro mitarbeitet. *abad-ef@gmx.de, www.abad-th.de* ■

In Bezug auf die Arbeitsprojekte haben sich die Organisatoren mit einem Offenen Brief an die Gedenkstättenleitung Buchenwald gewandt, die ihnen seit geraumer Zeit die Teilnahme an praktischen Arbeitsprojekten auf dem Gedenkstättengelände verweigert. Darin heißt es: „Wir fordern Sie auf, während des 14. Antifa-Workcamps Weimar Buchenwald ein Arbeitsprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu benennen. Unter ihrer fachlichen Anleitung und mit unserer Kompetenz und Arbeitskraft, die wir in vergangenen Arbeitsprojekten ausreichend bewiesen haben, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, diesem antifaschistischen Anliegen weiterhin im Wege zu stehen."

Zum Beginn und zum Abschluss des Camps ist jeweils ein Konzert geplant. Anmeldung ist nicht unbedingt erforderlich, pro Tag und Teilnehmer/in beträgt der Teilnahmebeitrag 7 Euro. Darin sind die Kosten für das Zeltgelände, Frühstück und eine warme Mahlzeit enthalten. In jedem Fall mitzubringen sind: Zelt, Schlafsack, Besteck, antifaschistisches Engagement und entsprechende Kreativität.

Kontakt: Infoladen „Volk und Wissen", Phone/Fax: 0340-26 60 210/220, mail: workcamp@gmx.de ■

Neonazi Manfred Roeder muss hinter Gitter

ROSTOCK. Vergangenen Dienstag war Urteilsverkündung im Prozess gegen den Neonazi Manfred Roeder. Der 73-jährige wurde vom Rostocker Landgericht wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt, wie Presseagenturen berichten; die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und die Verteidigung Freispruch gefordert. Eine Bewährungsstrafe kam wegen des langen Vorstrafenregisters – nähere Infos beim IDGR (http://www.idgr.de/lexikon/bio/r/roeder-m/roeder.html) – für das Gericht „nicht in Betracht".

Es ging bei dem Prozess um eine Rede beim Bundesparteitag der NPD im Januar 1998 in Stavenhagen. Dort gab Roeder vor 170 Delegierten sowie vielen Besuchern und Journalisten zum Besten, dass Deutschland einen „Umsturz", einen „Regierungswechsel ohne Wahlen", nötig hätte. Einen „von oben" befohlenen Anschlag halluzinierte er im Rahmen einer „Mahnwache" gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht herbei.

Die Verurteilung dieser beiden Äußerungen durch das Landgericht Rostock im Juni 2001 als Verunglimpfung des Staates wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben, da sie entweder von der Meinungsfreiheit gedeckt seien oder im Falle des „Anschlags" der Sachverhalt nicht ausreichend aufgeklärt worden sei.

Hetze gegen die Zuwanderung von „Russlandjuden" sowie die Äußerung: „Jeder, der gezielte Rassenvermischung betreibt, ist ein gottloser Lump, ein Teufel" als auch die Bezeichnung des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, als „Großmaul" und „Gauleiter Bubis" wurde vom Rostocker Gericht als Volksverhetzung und Beleidigung verurteilt und auch vom Bundesgerichtshof nicht beanstandet. Die beiden Straftatbestände mussten jedoch wegen der Aufhebung des Urteils ebenfalls neu verhandelt werden.

Während Roeder eine Aussetzung des Prozesses beantragte, da er sich nicht als Bürger der Bundesrepublik, sondern des „Deutschen Reiches" fühle und insofern ein noch zu gründendes Reichsgericht für ihn zuständig sei, schien er das bundesrepublikanische Rechtssystem doch gutzuheißen, als es um die Revision des Verfahrens vor dem Bundesgerichtshof ging. Wenig konsequent.

Doch er machte weiter auf Neonazi, als er etwa an der Theorie eines Geheimabkommens zwischen Helmut Kohl und Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzendes des Zentralrates der Juden, zur „Rassenvermischung" festhielt. Oder seine Äußerungen mit seiner Rolle als von einem paar Dutzend Nazis gewählter Abgeordneter einer Nationalversammlung des „Deutschen Reiches" und somit Interessenvertreter dessen rechtfertigte. Das letzte Stückchen Reputation beim Gericht dürfte er verloren haben, als er den Richter als „Henker" bezeichnete.

www.indymedia.de ■

Neonazidemo in Salzburg

ÖSTERREICH. Die neonazistische Kameradschaft Germania (KSG) ruft auf ihrer Homepage für den 27. Juli zu einer Demonstration in Salzburg auf. Unter dem Motto „Stoppt linke Gewalt" wollen sich österreichische und deutsche Neonazis um 12 Uhr am Hauptbahnhof treffen. Die KSG bittet im Aufruf, dabei „auf ordentliches Auftreten zu achten". Um befürchtete Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz möglichst zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, dass „jede Fahne und jedes Plakat ... mit den Organisatoren abzusprechen (sind)". Auch das Verbot von Abzeichen und Alkohol soll die Demonstration nicht gleich beim ersten Hinsehen als Neonazi-Aufmarsch erscheinen lassen.

Zuletzt zogen am 13. April rund 80 Skinheads im Anschluss an die von der KSG mitorganisierte Kundgebung gegen die „Wehrmachtsausstellung" durch die Wiener Innenstadt und skandierten dabei

„Sieg Heil!" und „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" Anhand von Videobändern konnten die Behörden 36 Verdächtige ausforschen und wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz anzeigen.

Ende Mai bat die KSG im Forum des neonazistischen Wikinger-Versandes (BRD) um Hilfe der Organisation der Demonstration. Dringend bräuchten sie einen Bus, Bundesländerfahnen („aller österreichischen und deutschen Bundesländer + Schweiz und Südtirol"), ein Megafon, Ordnerdienst, Redner und „Balladensänger", Transparente, Rednerpult, Soundanlage und einen Stromgenerator. Die Reaktionen in der deutsch-österreichischen Neonaziszene schienen wohl ziemlich verhalten zu sein. So beschwert sich die KSG im Forum, dass „es so viele Leute gibt, die nur blabla machen und nichts zu sagen haben, wenn es um was geht". Aber nach und nach trudelten gut gemeinte Ratschläge ein, als Redner wurden Worch und Busse vorgeschlagen. Ein „Karl der Käfer" bietet sich selbst als Redner an.

TATblatt 189, 5.7.02 ■

Rechtes Feuerspringen

ÖSTERREICH. Auch dieses Jahr veranstalteten rechtsextreme Organisationen wieder eine Reihe ihrer traditionellen Sonnwendfeiern – unter anderem eine in der Nähe von Wien. Dem Aufruf der Österreichischen Landsmannschaft, des Ring Volkstreuer Verbände und der schlagenden Burschenschaft Olympia folgten rund 150 Personen, für die Musik sorgte ein „Spielmannszug" des österreichischen Turnerbundes (ÖTB).

Die Besucher waren großteils Burschenschafter, FPÖ-Mandatare wie der Wiener Stadtrat Johann Herzog und ein paar der Skinheads, die schon am 13. April bei und nach der Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung aufgefallen waren (böses:oesterreich 0402).

Die „Feuerrede" wurde nicht wie ursprünglich angekündigt vom FPÖ-Parteihistoriker Lothar Höbelt, sondern von Günther Schmidt von der Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen (D), die vorzugsweise NPD-Spitzenfunktionäre wie Horst Mahler und Jürgen Schwab zu

Chaotische Aufstellung der Landeslisten bei „Schill“

Bis zum 18. Juli muss die Schill-Partei ihre Landeslisten für die Bundestagswahlen einreichen. Sehr wenig Zeit, hatte sie doch erst am 22. Juni ihre Wahlbeteiligung gegen den Willen ihres spiritus rector beschlossen.

Und Schwierigkeiten gab es auch beim Parteitag am 6. Juli: die nötige Anzahl von 25% der Mitglieder wurde zunächst nicht erreicht; erst nachdem telefonisch nachmobilisiert worden war, konnte die Nominierung beginnen. Auf Platz 1 wurde erwartungsgemäß Schill selbst gewählt, Listen-Zweiter wurde der Geschäftsführer der Partei, Wolfgang Barth-Völkel.

Damit endete eine für die Partei aufregende Woche, in die auch die Abwahl Katrin Freunds als parlamentarischer Geschäftsführerin fiel. Vorgeworfen wurde ihr unkollegiales Verhalten und „First-Lady-Gehabe“ als Schills Lebensgefährtin. Nachfolger ist der Abgeordnete Stephan Müller geworden. Aus der Fraktion hieß es zu der Ablösung, sie sei „eine Art Erziehungsmaßnahme für Frau Freund“. Die drei letzten Parteitage weisen auf eine stark rückläufige Mobilisierungsfähigkeit der Partei unter ihren Hamburger Mitgliedern hin. Schill selbst beklagte sich, dass nicht einmal die Bürgerschaftsabgeordneten komplett zum Parteitag erschienen waren.

Aber auch außerhalb Hamburgs ging es auf den Nominierungsversammlungen der Partei turbulent zu. In Meck-Pomm konnte der Landesverband erneut nicht gegründet und die Listen für Bundestags- und Landtagswahlen nicht gewählt werden. Statt der nötigen 84 waren nur 66 Mitglieder erschienen.

Diesen Samstag will man es erneut versuchen. Die Erschienenen vertrieben sich die Zeit mit Streitereien: Zwei Kritiker des dilettantischen Parteiaufbaus wurden kurzerhand aus dem Saal verwiesen. In Umfragen steht die Partei in Meck-Pomm jetzt nur noch bei 2 Prozent. In Schleswig-Holstein gelang die Kandidatenkür ebenfalls nicht. Auch hier waren zu wenig Mitglieder gekommen. Nächster Versuch am kommenden Wochenende.

Eine erfolgreiche Kandidatenaufstellung wird dagegen aus Berlin und Bayern gemeldet. In München konnte man den ersten Ortsverband Bayerns gründen und zugleich 11 Kandidaten für die Landesliste aufstellen. Auch die NRW-Landesliste steht, an ihrer Spitze findet sich der Koordinator dieses Bundeslandes, Hartmut Hüttemann. Wo an diesem Wochenende die Kandidaten nicht bestimmt wurden, soll dies am kommenden Wochenende geschehen. In den Bundesländern, in denen es der Partei bis zum 18. Juli nicht gelingt, Landeslisten aufzustellen, wird sie am 22. September nicht wählbar sein – daher die Eile. *F* ■

Vorträgen einlädt, gehalten. In der Rede wurde antisemitische Hetze gegen „Feinde .... an der US-amerikanischen Ostküste“ betrieben und „über die ungeheure Kraftentfaltung, zu der unser Volk in zwei Weltkriegen fähig war“ philosophiert. Auch wurde eifrig über die „Umerziehung“ geklagt, die „diesem Volk das geistige und seelische Rückgrat“ breche und über die „Verächtlichmachung unserer Toten“ durch die „zutiefst schandbare“ Wehrmachtsausstellung, wo sie doch nur ihre „Pflicht“ erfüllt und „das deutsche Vaterland“ verteidigt hätten.

Quelle: http://www.doew.at ■

„Wir haben gewonnen!“

... jubelte Wiens Gemeinderat Bodo Blind (FPÖ) vor versammeltem Plenum, als sich Deutschlands Team bei der Fußball-WM ins Finale kämpfte. In der gleichen Sitzung gab er auch einmal mehr seine Version der jüngeren österreichischen Geschichte zum Besten: In Bezug auf die burschenschaftlichen „Gedenkveranstaltungen“ am 8.5. (siehe böses:österreich 0502) hält er fest, dass selbiges Datum im Jahr 1945 kein Freudentag für Österreich sei, weil die alliierten Militärs nach dem Sieg über die Nazi-Herrschaft als Besatzungsmächte da blieben. Dass vormalige NSDAP-Kader zumindest bis 1947 weitgehend von gesellschaftlichen Machtstellungen ausgeschlossen blieben, tut ihm wohl heute noch Leid. Gemeinderat bleibt Blind dafür bis auf weiteres - selbstverständlich.

Quelle: http://derstandard.at

Die beiden Meldungen sind dem Newsletter „Böses:Österreich“ der Rosa Antifa Wien, http://www.raw.at entnommen ■

Noch 10 Tage...

Soest. Trotz einiger anderslautender Gerüchte hält Worch an den Plänen fest, in Soest am 20. Juli ein Nazi-Konzert stattfinden zu lassen. Er teilte der Kreispolizeibehörde mit, dass er gerichtliche Wege beschreiten werde, sollte die Polizei bei ihrer Rechtsauffassung bleiben. Die hatte dem Hamburger am Freitag mitgeteilt, dass seine für den 20. Juli angemeldete Veranstaltung keine politische Demonstration sei, die unter die vom Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit falle. Da Worch Bands auftreten lassen wollte, handele es sich um eine Musikveranstaltung, die von der Stadt genehmigt werden müsse. Worch beruft sich in seiner Antwort auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit, das auch Musikfreiheit beinhalte. Die Polizei bereitet sich ungeachtet der rechtlichen Auseinandersetzung auf einen Einsatz vor. Laut Pressebrichten werden Polizeibeamte in die Schulen gehen, um die Schüler über die rechte Szene, Neonazis und das richtige Verhalten bei Demonstrationenzu informieren.

Antifaschisten rufen zu einer Demonstration in Soest auf.

Antifas aus Soest ■

Acht Parteien direkt zugelassen

Berlin. Der Bundeswahlausschuss hat acht Parteien zur Bundestagswahl am 22. September zugelassen und 23 Vereinigungen als Parteien anerkannt. Letztere müssen für ihre Wahlvorschläge Unterstützungsunterschriften sammeln. Abgabetermin ist der 18. Juli. Das trifft diesmal auch die „Republikaner“, die in keinem Landesparlament mehr vertreten sind. Außer den im Bundestag vertretenen sechs Parteien brauchen nur die DVU (vertreten im Landtag Brandenburg) und die Partei rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei, vertreten in der Hamburger Bürgerschaft) keine Unterschriften zu sammeln. *u.b.* ■

CSD Köln:

Kneifende Nazis, geifernder Kardinal und 1,4 Millionen Feiernde

Mit einem großen zweitägigen Straßenfest am 6. und 7. Juli und der traditionellen CSD-Parade am 7. Juli ist der Europride, der dieses Jahr in Köln stattfand, zu Ende gegangen. Es war ein Wochenende der Superlative und der erfolgreichen Abwehr einer geplanten Nazi-Provokation gegen den CSD.

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Die neofaschistische „Bürgerbewegung pro Köln“ um Manfred Rouhs hatte für Samstag eine „Mahnwache wider den Werteverfall“ angemeldet, um gegen den CSD und die „öffentliche Darstellung homosexueller Sexualpraktiken“ zu protestieren. Gegen diese Provokation machte nicht nur das antifaschistische Bündnis „Köln stellt sich quer“ mobil, sondern es bildete sich darüber hinaus auch ein schwullesbisches Bündnis auf Initiative der Kölner Gruppe „queergestellt“. In diesem Bündnis arbeitete neben schwullesbischen Gruppen, auch „Köln stellt sich quer“ und die PDSqueer mit. Damit arbeiteten erstmals Gruppen zusammen, die bisher nichts oder nur sehr wenig miteinander zu tun hatten. Mit dabei waren z.B. die schwulen Sozialdemokraten, Yachad (homosexuelle Jüdinnen und Juden), Ermis (schwule Griechen), GayTüek und der Kölner Lesben- und Schwulentag (KLUST).

Nach dem peinlichen Debakel von Manfred Rouhs am 29. Juni (siehe AN 14-02) und angesichts der massiven Mobilisierung gegen die geplante „Mahnwache“ zog „Pro Köln““ am Tag vorher die Anmeldung überraschend zurück. Obwohl dies ab Freitag Nachmittag auf den Bühnen in der Kölner Innenstadt den Straßenfest-BesucherInnen mitgeteilt wurde, nahmen am Samstag dann doch zahlreiche Menschen an der Gegendemonstration – die trotz der Absage durchgeführt wurde – teil. An die 700 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, knapp 500 an der Abschlusskundgebung auf dem Offenbachplatz. Zu den Rednern auf der Abschlusskundgebung gehörten Vertreter des „Zentrums schwule Geschichte“, von „queergestellt“, Eike Stedefeld vom wissentschaftlich-humanitären komitee (whk) und der Kölner Bundestagskandidat Jörg Fischer von der PDS-queer. Übereinstimmend betonten die Redner, den großen Erfolg der Protestaktionen gegen die neofaschistische Provokation. In seiner Rede führte Jörg Fischer dann noch u.a. aus: „Sich zu wehren ist nicht nur wichtig, es lohnt sich auch. Die Neonazis, die heute eine Hetzkundgebung gegen den CSD veranstalten wollten, haben den Schwanz eingekniffen und ihre Kundgebung abgesagt. Sie haben das nicht getan, weil sie plötzlich nicht mehr rassistisch und schwulenfeindlich sind – sondern weil sie genau wissen: Hier in Köln haben sie mit ihren öffentlichen Auftritten keine Chance! ... Wir haben heute bewiesen: Schwule, Lesben, Transgender und deren FreundInnen können nicht nur kräftig feiern, sondern wir können uns auch kräftig wehren, wenn wir angegriffen werden – und das wird auch der bayerische Voralpenayatollah, der sich zum Bundeskanzler wählen lassen möchte, noch merken!“

An der Parade selber beteiligten sich etwa 70.000 Aktive, 1,4 Milllionen Menschen sahen zu. Neben der Darstellung schwullesbischer Vielfalt, waren dieses Jahr mehr politische Wagen im Zug als in den Vorjahren. Unter anderem war ein „Entstoiberungsteam“ ebenso vertreten, wie die Wähler/initiative „Stoiber verhüten“. Öffentliche Kritik gab es vor und nach dem Wochenende an dem vor sich hin geifernden Kardinal Meissner, der mit unverblümten homophoben Ausfällen nicht nur den Neofaschisten von „Pro Köln“ den Rücken stärkte. Insbesondere ein Auftrittsverbot für einen Kirchenjugendchor auf dem CSD-Straßenfest löste heftige Kritik aus. *Gajos* ■

Neonazis wollen in den Stadtrat

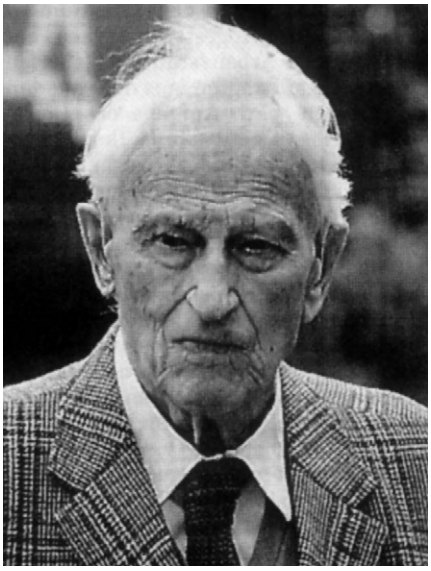
Erwartungsgemäß hat die rechtsextremistische „Bürgerbewegung pro Köln“ angekündigt, 2004 zu den Stadtratswahlen in Köln anzutreten. Hinter „pro Köln“ steht hauptsächlich Manfred Rouhs. Der gebürtige Krefelder ist Herausgeber der einschlägig bekannten Zeitschrift „Signal“ und war früher Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN, Kölner Stadtrat zunächst der „Republikaner“ und dann der ebenfalls neofaschistischen „Deutschen Liga“. Seit geraumer Zeit versucht „pro Köln“ mit „bürgernahen Themen“ Stimmungen für sich zu erzeugen und sich als „Anwalt der Normalen“ darzustellen. So wurden in den vergangenen Monaten Kundgebungen und „Mahnwachen“ gegen den Straßenstrich in Köln-Longerich, gegen den „Verfassungsschutz“ in Köln-Chorweiler und gegen „islamischen Fundamentalismus“ durchgeführt, die freilich stets von massiven Protesten von bis zu 2.000 Gegendemonstranten begleitet waren. Das für den 29. Juni in der Kölner Innenstadt geplante „Pressefest“ der Rouhs-Zeitshcrift „Signal“ konnte erfolgreich verhindert werden und die Ersatzveranstaltung auf einem Acker am Rande von Köln wurde so massiv gestört, das sie nach nur zwei Stunden abgebrochen werden musste. Eine für den 6. Juli geplante „Mahnwache wider den Werteverfall“ gegen den gleichzeitig stattfindenden CSD in Köln (siehe Artikel) , musste angesichts einer breiten Mobilisierung durch antifaschistische und schwullesbische Gruppen abgesagt werden. Dennoch scheint sich Rouhs Hoffnungen zu machen, die für den Einzug notwendigen etwa 1,2 Prozent der Stimmen erreichen zu können. Zu letzt ist dieses Konzept – als scheinbar „überparteiliche Bürgerinitiative“ auf Stimmenfang zu gehen, in Nürnberg aufgegangen. Hier zog im März der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert als Spitzenkandidat einer „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ mit einem Stimmenanteil von 2,3 Prozent in den Stadtrat ein.

JöFi ■

Sieben Jahre Haft für gemeinschaftlich verübten Massenmord

Im Hamburger NS-Prozess verhängte der Richter eine außergesetzliche Strafmilderung und verzichtete auf die Inhaftierung des Verurteilten

„Tote sind keine anonymen Größen, sondern Menschen mit Namen und Gesichtern, mit Wünschen und Hoffnungen“, zitierte Anwältin Olivia Bellotti einen italienischen Widerstandskämpfer am Dienstag, 9.7. in dem Prozess vor dem Landgericht in Hamburg gegen den ehemaligen SS-Sicherheitschef von Genua, Friedrich Engel. Frau Bellotti forderte in ihrem Plädoyer eine Verurteilung des Angeklagten wegen Mordes. Der Staatsanwalt forderte lebenslänglich, der Verteidiger plädierte auf Freispruch.



Friedrich Engel

59 Gefangene hatte Engel im Mai ´44 als Vergeltung für einen Partisanenangriff auf ein Militärkino hinrichten lassen. 59 Menschen mit Namen und Hoffnungen, für die sie sogar bereit waren zu sterben. Sie waren beteiligt an Partisanenaktionen gegen die faschistischen Besatzer. Einige von ihnen wurden für den Dienst in der Wehrmacht zwangsrekrutiert. Sie verweigerten den Wehrdienst, obwohl sie wussten, dass sie damit ihr Leben aufs Spiel setzen. Für ihre mutigen Taten wurden sie eingesperrt und gefoltert in dem Knast in Marassi, in dem Oberleutnant Karst ein brutales Regime führte. Dort wählte Engel persönlich die 60 Todeskandidaten aus. Zwanzig von ihnen waren unter zwanzig Jahre alt, fünf sogar unter achtzehn. Am frühen Morgen des 19. Mai ‘44 erhielten sie den Befehl, sich für die Abreise fertig zu machen – ohne Gepäck. Das sichere Todesurteil, das war ihnen allen klar, erinnerte sich später ein Gefangener – der 60. Todeskandidat – der zwar Order für die Abreise bekommen hatte, den die Befehlshabenden dann aber abzuholen „vergessen haben“. Die übrigen wurden zum Turchino-Pass gebracht. Dort hatte eine Gruppe von jüdischen Gefangenen, die anschließend nach Auschwitz deportiert wurden, unter Peitschenhieben das Grab für die Partisanen schaufeln müssen. Über dieser Grube wurden diese dann einer nach dem anderen erschossen.

Für Staatsanwalt Jochen Kuhlmann war Engels Anordnung, „Partisanen, modern ausgedrückt, Terroristen“ hinrichten zu lassen, eine im „Zweiten Weltkrieg“ durchaus legitime „Kriegs-Repressalie“. Lediglich die Methode der Hinrichtung sei zu beanstanden. Niemand habe befohlen, die Exekution auf so grausame Art und Weise durchzuführen. Deshalb beantragte Kuhlmann lebenslänglich. Verteidiger Udo Kneip trug erneut die Version von Engel als unschuldigem Justizopfer vor, das jetzt knapp 60 Jahre später für eine Tat juristisch belangt werden solle, die ein anderer zu verantworten habe. Er beantragte deshalb Freispruch. Engel selbst nahm sein Recht auf das letzte Wort des Angeklagten wahr und forderte „Gerechtigkeit“ für sich.

Mehrfach war die Sichtweise von Engel als unschuldigem Justizopfer in dem laufenden Prozess durch Zeugenaussagen konterkariert worden. Unter anderem trug der Vorsitzende Richter ein Vernehmungsprotokoll einer Befragung der Alliierten eines Mitarbeiters des SS-Obersturmbannführer vor, der ein nicht eben rühmliches Bild seines ehemaligen Vorgesetzten Friedrich Engel zeichnete. Dieser habe seine Untergebenen „grausam und bestialisch“ behandelt und „drakonische Maßnahmen gegen Partisanen“ angeordnet. Auf Anordnung des „Kommandanten Engel“ seien belegte Brötchen und dreißig Flaschen Cognac bei der Exekution serviert worden. Auch beschrieb der ehemalige Mitarbeiter den „Todesengel von Genua“ als überzeugten Nazi, der bis zur letzten Stunde vom heldenhaften Kampf des Deutschen Reiches fabuliert habe.

Richter Seedorf folgte der Argumentation des Staatsanwaltes und verurteilte Engel zu sieben Jahren Haft wegen gemeinschaftlich verübten Mordes in 59 Fällen, bei dem Engel seiner Ansicht nach zweifelsfrei die Tatherrschaft gehabt habe. Im Rahmen einer verfassungskonformen außergesetzlichen Strafrahmenmilderung würde jedoch trotz der Schwere der Tat und ihrer Unverjährbarkeit auf die Inhaftierung des Verurteilten verzichtet. Friedrich Engel hat jetzt eine Woche Zeit, Revision einzulegen. Tut er das nicht, wird das Urteil rechtsgültig und damit wäre es statthaft, Friedrich Engel öffentlich als Massenmörder zu bezeichnen. *Birgit Gärtner* ■

Straßen nach Widerstandskämpfern benennen!

Der Landesausschuss der VVN-BdA von NRW beschloss am 6.7.02 dem Bundeskongress der vereinigten VVN-BdA folgenden Antrag vorzulegen: Wir beantragen beim Berliner Senat und Abgeordnetenhaus die Benennung von Straßen in der Bundeshauptstadt nach den antifaschistischen Widerstandskämpfern Lilo Herrmann, Helmuth Hübener, Johanna Melzer, Kaplan Dr. Joseph Rossaint und Günther Weisenborn

Liselotte Herrmann (1909-1938), Studentin, Mitglied der KPD, enthüllte die Kriegsvorbereitungen der Faschisten, in Stuttgart verhaftet, in Berlin verurteilt und hingerichtet.

Helmuth Hübener (1925-1942), Lehrling, mormonischer Christ, hörte Auslandssender und verbreitete den Inhalt als Flugblätter, in Hamburg verhaftet und in Berlin als jüngster deutscher Widerstandskämpfer verurteilt und hingerichtet.

Johanna Melzer (1904-1960), Arbeiterin und Abgeordnete, Mitglied der KPD, Widerstandskämpferin im Ruhrgebiet, 1934 in Hagen verhaftet und 1945 von den Alliierten aus der Haft befreit, auch nach 1945 aus politischen Gründen inhaftiert; an den Folgen der Inhaftierungen verstorben.

Dr. Joseph Rossaint, 1902-1991, Kaplan, führender katholischer Widerstandskämpfer, eingetreten für die Einheitsfront der Antifaschisten, 1936 verhaftet und im weltweit beachteten Katholikenprozess von Berlin verurteilt, 1945 von den Alliierten befreit, nach 1945 Präsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Günther Weisenborn (1902-1969). Schriftsteller, Mitglied von Widerstandsgruppen, 1943 verurteilt und 1945 von den Alliierten befreit, Verfasser des Werkes „Der lautlose Aufstand“ über den deutschen Widerstand.

Diese Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer stehen stellvertretend für Tausende Antifaschisten, deren Vergessen droht. Die Vereinigte VVN-BdA nimmt ihren Bundeskongress in Berlin zum Anlass, für diese fünf Antifaschisten die Benennung von Straßen in der Bundeshauptstadt zu beantragen. Berücksichtigt wird dabei auch der offenkundige Notstand, in Berlin geeignete Namenspatrone zu finden, wie er erst kürzlich in einer Persönlichkeiten-Erklärung zum Ausdruck kam.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. u. Fax 0202-45 06 29 ■

Bundestag will europäisches Zentrum gegen Vertreibungen

Seit dem 4. Juli ist es amtlich: Deutschland will ein europäisches „Zentrum gegen Vertreibungen". Am späten Abend des vorletzten Sitzungstages vor der Sommerpause beschloss der Deutsche Bundestag, es solle „ein europäischer Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen (...) beginnen". Am Ende des „Dialogs", den Deutschland von Europa fordert, wird – so wünscht es das deutsche Parlament – die Verwirklichung eines „Dokumentations- und Begegnungszentrums mit Forschungsstätte" stehen, das „die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts (...), darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren" soll.

Einen Standort für das Zentrum hat der Bundestag nicht festgelegt. Das wäre auch etwas unangemessen gewesen. Denn bekanntlich favorisiert die rot-grüne Koalition Wroclaw, und über die Errichtung eines Dokumentationszentrums auf polnischem Hoheitsgebiet entscheidet immer noch der Sejm. Daher soll sich nach den Bundestagswahlen - dies geht aus der zu Protokoll gegebenen Rede des SPD-Abgeordneten Markus Meckel hervor - „eine Kommission mit Vertretern aus verschiedenen Ländern, die von Vertreibungen betroffen waren oder sind, bilden". Ihre Aufgabe wird es sein, „ein gemeinsames Konzept und Vorschläge für den Ort" zu erarbeiten. Sollte gegen Ende des Jahres die gewünschte Kommission tatsächlich zusammenkommen, dann könnten Sozialdemokratie und Grüne einen echten Erfolg feiern: Es wäre ihnen gelungen, Europa zur Mitarbeit an der Durchsetzung deutscher Revisionsbestrebungen zu bewegen. Übrigens mit Tolerierung durch die Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion, die sich in der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthielt; nur eine Minderheit von acht PDS-Abgeordneten lehnte den Regierungsantrag zur Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen" ab.

Die mit dem Zentrum verbundenen Revisionsbestrebungen sind offensichtlich. Schon die Einordnung der Umsiedlung der Deutschen in die „Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts" verfälscht die Geschichte. Bekanntlich war die Umsiedlung der Deutschen eine Reaktion auf ihre historisch einzigartige Vernichtungspolitik in Osteuropa, und bekanntlich wurde sie – insbesondere aufgrund der Erfahrungen mit deutscher „Volkstumspolitik" – im Potsdamer Abkommen international verbindlich geregelt. Der legale, legitime und politisch notwendige Versuch, dem völkisch-deutschen Drang nach Osten ein für allemal einen Riegel vorzuschieben, ist in keiner Weise vergleichbar etwa mit der verbrecherischen Vertreibung der polnisch sprechenden Bevölkerung durch Deutsche aus den von Nazideutschland annektierten Gebieten Polens.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen" dient aber keineswegs nur dazu, die „Normalisierung" der deutschen Geschichte zu fördern; es verfolgt auch einen strategisch weiter reichenden Zweck: Die Etablierung des „Rechts auf Heimat" im Internationalen Staatsrecht. Das „Recht auf Heimat" würde den umgesiedelten Deutschen Ansprüche in ihren Herkunftsgebieten in Osteuropa verschaffen und weit gehende Sonderrechte („Volksgruppenrechte") für die im Osten verbliebenen deutsch sprechenden Minderheiten zur Geltung bringen. Hans Joachim Otto (FDP) hat am 4. Juli – in seiner ebenfalls zu Protokoll gegebenen Rede – klar gestellt, dass mit dem „Recht auf Heimat" außerdem das Potsdamer Abkommen ausgehebelt werden soll. „Selbst im Falle von verbrecherischen Regimen darf das Grundrecht auf Heimat nicht gestrichen werden", heißt es dort. Würde sich eine solche Rechtsauffassung durchsetzen, dann wäre das Potsdamer Abkommen Unrecht. Otto konkretisiert dies exemplarisch: „Genauso wenig darf auch das Heimatrecht beispielsweise von Sudetendeutschen beschnitten werden – unter Berufung auf Hitlers Annexionspolitik."

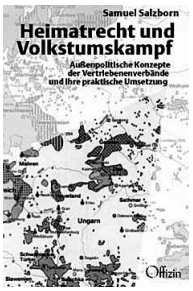
Aufgabe und Ziel des „Zentrums gegen Vertreibungen" stehen somit fest, und Deutschland hat seinen Willen zur Errichtung des Zentrums dokumentiert. „In naher Zukunft wird es also entscheidend darauf ankommen", so Markus Meckel in seiner Rede vom 4. Juli, „wie unsere europäischen Partner reagieren. Der Bundestag lädt sie zur Mitwirkung ein. Es bleibt ihnen überlassen, diese Einladung anzunehmen und damit Einfluss auf die Gestaltung des Zentrums zu nehmen."

Zumindest in Polen ist die Einladung schon angenommen worden. Seit Wochen bekundet der Herausgeber der auflagenstärksten polnischen Tageszeitung Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, öffentlich Sympathie für ein „Zentrum gegen Vertreibungen" in Wroclaw; zahlreiche polnische PolitikerInnen haben sich ihm angeschlossen. Ihre Motive dürften vielfältig sein – von der Hoffnung, mäßigend auf Deutschland einwirken zu können, bis zur Reflexion über Ansprüche auf ehemals polnische Gebiete in der Ukraine (vgl. Antifaschistische Nachrichten 13/2002). Auf eine Bedingung hat der ehemalige polnische Außenminister Bronislaw Geremek am 6. Juli in der „Welt" hingewiesen. „Die Anerkennung einer moralischen Verantwortung", erklärte er, „kann nicht Ergebnis von Forderungen sein oder von Druck von außen – sie muss eine eigene Entscheidung und Ergebnis eigener Arbeit am kollektiven Gedächtnis sein."

Geremek bestätigte damit eine Methode deutscher Polenpolitik, die in Deutschland bisher kaum Aufmerksamkeit gefunden hat. Seit Mitte der 1990er Jahre unterstützen deutsche Organisationen in Polen die Entstehung und Weiterentwicklung einer Debatte über die Umsiedlung. Von deutschen Stiftungen wurde bzw. wird etwa die polnische Robert-Schuman-Stiftung mitfinanziert, die Mitte der 1990er Jahre die Debatte mit einer spektakulären Tagung anstieß. Grundlage der Tagung war die Studie „Der Komplex der Vertreibung", deren Koautor Wlodzimierz Borodziej vor wenigen Wochen das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der BRD erhielt. Auch das „Zentrum für Internationale Studien" in Warszawa, das die Klassifizierung der Umsiedlung als „Unrecht" mitbetreibt, ist finanziell von deutschen Stiftungen abhängig und arbeitet eng mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zusammen.

Jüngster Coup der deutschen Debattenförderung ist das Werk „Microcosm" der britischen Historiker Norman Davies und Roger Moorhouse, das mit finanzieller Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und der Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung geschrieben wurde. Das in Deutschland unter dem Titel „Die Blume Europas" bei Droemer erschienene →

HINTERGRUNDWISSEN ZUR AKTUELLEN VERTRIEBENENDEBATTE



„Es gibt kaum eine Äußerung von Sprechern der Landsmannschaften und den jeweiligen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, die nicht kritisch zerfetzt wird, um den Nachweis für die aufziehende Bedrohung des Status quo zu erbringen."

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Samuel Salzborn
Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Offizin Verlag, 304 S., ISBN 3-930345-28-5, 22 Euro

„Zentrum gegen Vertreibung“:

Ursachen und Folgen nicht verwischen!

Bei der Abstimmung im Bundestag über den Bau eines „Zentrums gegen Vertreibung“ am 4.7. haben acht Abgeordnete der PDS-Fraktion, Eva Bulling-Schröter, Uwe Hiksch, Ulla Jelpke, Sabine Jünger, Heidi Lippmann, Christina Schenk, Winfried Wolf und Ulla Lötzer, folgende „Erklärung zur Abstimmung“ abgegeben:

„Jede Debatte über Flucht und Vertreibung in Europa muss für uns ausgehen von der Vertreibung (und anschließenden Vernichtung) von Juden und Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich. Sie muss weitergehen mit der Aufarbeitung des von Anfang an völkerrechtswidrigen und ungültigen Münchner Abkommens, dem deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen, der Zwangsgermanisierung und der aktiven Mitwirkung zahlreicher Deutscher bei dieser verbrecherischen Politik.

Nur in diesem Kontext ist eine Diskussion über Vertreibung und Zwangsumsiedlung, über das Potsdamer Abkommen, die dadurch veranlasste Umsiedlung von Deutschen und das damit verbundene Leid angemessen und akzeptabel. Jede Diskussion über dieses sensible Thema muss deshalb von Anfang an gemeinsam mit VertreterInnen von Juden, Roma und Sinti, mit tschechischen und polnischen VertreterInnen geführt werden. Sonst schürt sie nur neue Spannungen und weckt Unruhe bei europäischen Nachbarn, die zu Recht deutschen Geschichtsrevisionismus und Revanchismus fürchten.

Eine solche gemeinsame Diskussion hat bis heute nicht stattgefunden. Schon aus diesem Grund verbietet sich jede Vorwegnahme dieser Diskussion durch einen Beschluss des Deutschen Bundestags. Alle vorliegenden Anträge wollen aber schon jetzt Fakten schaffen. Schon aus diesem Grund lehnen wir die vorliegenden Anträge ab.

Betreiber eines solchen „Zentrums gegen Vertreibung“ ist seit langem der „Bundesverband der Vertriebenen“ (BdV). Welche Uminterpretation der Geschichte er damit betreiben will, hat BdV-Präsidentin Frau Steinbach deutlich gemacht, als sie die Vernichtungslager von Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Majdanek auf eine Stufe mit der Umsiedlung von Deutschen nach 1945 stellte und erklärte: „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene ... Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.“ (zit. nach „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 7/2002, S. 793)

Ursachen und Folgen, die Verbrechen der Nazi-Zeit, Holocaust, Entfesselung des zweiten Weltkriegs und gewaltsame Germanisierungs- und Vernichtungspolitik auf der einen Seite, Potsdamer Abkommen und Umsiedlung von Deutschen infolge dieses Abkommens auf der anderen Seite sollen so verwischt, Täter und Opfer auf eine Stufe gestellt werden. In seiner finanziellen Dimension soll das angestrebte Mahnmal sogar das Holocaust-Mahnmal übertreffen. Während das Holocaust-Mahnmal etwa 25 Millionen Euro kosten soll, veranschlagt der BdV für sein Mahnmal 80 Millionen Euro, mehr als das Dreifache.

Im Antrag von SPD und Grünen findet sich zu diesen Plänen des BdV und dem damit verbundenen Versuch zur Uminterpretation der Geschichte kein Wort der Kritik und keinerlei Distanzierung. Im Gegenteil nutzen Vertreter der von SPD und Grünen gestellten Regierung seit langem jede Gelegenheit, um sich den Verbänden des BdV anzubiedern und den Funktionären des BdV nach dem Mund zu reden. Kritik an Forderungen wie dem „Recht auf Heimat“ oder nach Rückgabe deutschen Eigentums bekommt der BdV dabei nicht zu hören. Auch die im Antrag von SPD und Grünen formulierte Aussage, das Thema Vertreibung und die Umsiedlung von Deutschen in einen europäischen Kontext stellen zu wollen, Persönlichkeiten aus Nachbarstaaten in die Diskussion um ein solches Zentrum einbeziehen und das Zentrum in einer anderen Stadt errichten zu wollen, ist nur eine vordergründige Differenz zum Vorhaben des BdV. Der BdV hat deshalb selbst öffentlich erklärt, im Grunde stimmten alle Fraktionen mit seinem Vorhaben überein. Noch unverhüllter ist die Zustimmung zum Vorhaben des BdV bei der CDU/CSU. Der Deutsche Bundestag soll „die überparteiliche Initiative der gemeinnützigen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen““ unterstützen, heißt es. Diese Initiative war und ist Produkt des BdV und steht vollständig unter seiner Kontrolle. Auch die FDP fordert keine behutsame Diskussion dieses sensiblen Themas. Sie fordert in ihrem Antrag, die „in Deutschland vorhandene kollektive Erfahrung der Vertreibung“ zum „Ausgangspunkt“ eines solchen Zentrums zu machen. Die leidvollen Erfahrungen von Juden, Roma und Sinti, Polen, Tschechen und anderen Opfern der NS-Politik würden so erneut missachtet.

Wir erklären klar und deutlich: Der BdV kommt für uns weder als Träger noch als Mitträger eines solchen Zentrums in Betracht. Das völlig einseitige, die deutschen Verbrechen der NS-Zeit bagatellisierende Weltbild dieser Verbände und ihre bis heute fehlende Abgrenzung zu Antisemiten und Rechtsextremisten disqualifizieren den BdV für eine solche Trägerschaft. Nur eine sensible Diskussion dieses schwierigen Themas, gemeinsam mit VertreterInnen von Juden, Roma und Sinti, mit tschechischen, polnischen und anderen VertreterInnen ist geeignet, einen Ausgangspunkt und Rahmen für eine gemeinsame Aufarbeitung dieser Geschichte zu schaffen. Nur im Ergebnis eines solchen gleichberechtigten Diskussionsprozesses sollte auch der Bundestag über dieses Thema seine Beschlüsse fassen.“ ■

Buch erzählt die Geschichte der Stadt Wroclaw. Die Autoren – wüste Antikommunisten – beschreiben besonders ausführlich die deutsche Vergangenheit der Stadt und die Umsiedlung der Deutschen. Der in Wroclaw lebhaft diskutierte Wälzer leistet eine nicht zu verachtende Vorarbeit für die Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Wroclaw. Deutschland wird sich auch weiterhin nicht nur auf dieses einzelne Projekt verlassen. „Ein solches Zentrum gegen Vertreibungen kann natürlich nur ein Baustein in unserem Bemühen sein, deutlich zu machen, dass wir Vertreibungen ablehnen“, ist in Meckels Rede vom 4. Juli nachzulesen. „Wir können auch auf ganz anderen Ebenen unsere Aktivitäten verstärken“, fügt er drohend hinzu und schlägt vor, einen alten sozialdemokratischen Plan wieder aufzugreifen.

„Schon 1992, angesichts der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, hat die SPD-Bundestagsfraktion (...) angeregt, in internationalen Gremien auf eine ‚Internationale Konvention gegen Vertreibungen’ hinzuwirken. Diese Konvention sollte Vertreibungen von Minderheiten oder Bevölkerungsgruppen verurteilen und sowohl die völkerrechtliche wie strafrechtliche Ahndung möglich machen.“ Last not least: Die Sozialdemokratie benötigt starke Hilfstruppen für die Umsetzung ihrer ganz neuen Ostpolitik, die sich am Thema „Vertreibung“ orientiert und eigentlich ziemlich alt ist. Daher die seit einigen Jahren zu beobachtende Annäherung der SPD an die „Vertriebenen“-Verbände. Schily-Reden auf deren Veranstaltungen sind ebensowenig Wahlkampf wie die finanzielle Unterstützung Niedersachsens für das nächste Schlesier-Treffen, sondern die Anbahnung eines strategischen Bündnisses. Nicht umsonst ist seit Ende Juni mit Albrecht Schläger wieder ein Sozialdemokrat im BdV-Vorstand vertreten – zum ersten Mal seit 30 Jahren. *Jörg Kronauer* ■

Im April vorigen Jahres sollte die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ auch in Eschweiler, im Dreiländereck bei Aachen, gezeigt werden. Ein anonymer Anruf im Rathaus, mit dem die VVN-BdA als Ausstellungsmacher und -träger denunziert wurde, unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stehen, verunsicherte den Bürgermeister der Gemeinde so sehr, dass er die Ausstellung zunächst absagte. Nun wurde die Eröffnung im Juli nachgeholt. Wir dokumentieren die Rede, die Bundessprecher Ulrich Sander namens der VVN-BdA bei der Eröffnung hielt.

Die Grauzone wird immer breiter

Rechte aus der Mitte geben den Ton an

Unsere Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ gibt ein erschreckendes Bild der Gefahr, mit der wir es zu tun haben, aber auch einen starken Eindruck von den Möglichkeiten, unsere Demokratie zu verteidigen. Von diesen Möglichkeiten machen Sie hier Gebrauch. Es zeigt sich dabei nicht zum ersten Mal: Eschweiler wehrt sich gegen rechts.

Gestatten Sie mir, einige Bemerkungen zu den Trägern der Ausstellung zu sagen. Denn die waren ja vor einem Jahr hier mächtig im Gespräch. Über die IG Metall muss ich nichts sagen, über die Zeitschrift „Der rechte Rand“ nur, dass sie sehr verdienstvoll und inhaltsreich zu dem Thema, das uns hier beschäftigt, arbeitet. Die VVN-BdA, die ich hier als Bundessprecher vertrete, wird zumeist aus einer Position der Informationshoheit seitens des Bundesinnenministers, sprich Verfassungsschutz, geschildert. Dabei kommt sie nicht gut weg, mit den bekannten Folgen. Danach ist die VVN eine Organisation mit kommunistischer Dominanz. Man verlangt, dass wir uns von den Kommunisten distanzieren. Sich von ihnen zu distanzieren, bedeutet aber, sich vom deutschen Widerstand zu distanzieren. In ihm spielten die Arbeiterparteien eine große Rolle, darunter die Kommunisten. Ihre Verdienste zu schmälern, ist eine empörende Zumutung.

Unsere Ausstellung zeigt fast alle Fassetten des Neonazismus. Glücklicherweise enthält diese Ausgabe der Ausstellung auch Informationen zum regionalen Neofaschismus, auch zu regionalen rechten, militaristischen Tendenzen. Eine Tafel der zentralen, bundesweiten Ausstellung ist der Grauzone, dem Scharnier zwischen Mitte und Rechtsaußen gewidmet. Ich möchte über diesen Aspekt unserer Ausstellung etwas mehr sagen als über die anderen, denn wir erleben sehr bedenkliche Entwicklungen auf diesem Gebiet.

Waren bisher schon häufig rechte Losungen bis in die Mitte vorgedrungen: Ich nenne die Gestaltung des Asylrechtes nach den Formulierungsmustern der Reps, die Übernahme der T-Shirt-Losung der Neonazis „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ durch FDP- und CDU-Politiker, und dann die durchrasste und durchmischte Gesellschaft, die zeitweilig die Wortwahl eines heutigen Kanzlerkandidaten prägte, so haben wir es heute mit der Enttabuierung des ultrarechten Gedankengutes aus der Mitte heraus zu tun, die quasi die Führung der Entwicklung nach rechts übernimmt:

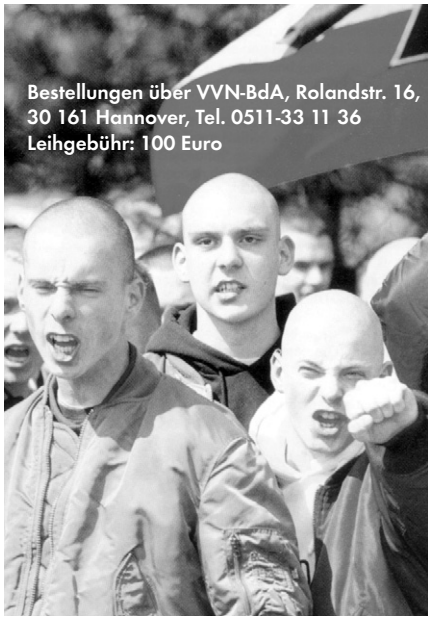
Da ist Möllemanns Instrumentalisierung des Antisemitismus für den Wahlkampf, aber auch die Art der Distanzierung der FDP von Möllemann, die verdächtig spät kam und dann mit den Worten, man müsse doch auch die rechten Extremisten integrieren, ein Rezept lieferte, das auf die Übernahme der rechten Konzepte, nicht auf den Kampf gegen sie, hinausläuft.

Da ist ferner Walsers Wiederbelebung des Bildes vom perfiden bösen Juden und seine Forderung nach Beendigung der Geschichtsdiskussion durch Abschaffung der „Auschwitzkeule“, die angeblich die freie Diskussion behindere.

Und da sind die nie ganz aufgearbeiteten Vorfälle des Rechtsextremismus in der Bundeswehr, die übrigens hier in der Ausstellung in diesem Rathaus mit regionalen Belegen und Beispielen überzeugend angeprangert werden, während ja ansonsten die Erörterung dieses Problems mit der letzten Bundestagswahl plötzlich abbrach. Die Bundeswehr wurde ja für den Krieg gebraucht, da durfte sie nicht länger kritisch betrachtet werden. Und dann fanden wir kurz nach dem Krieg gegen Jugoslawien in der „Information für die Truppe“ in einem grundsätzlichen Aufsatz zur Geschichte der Wehrmacht, die These: Vor 1941 hätte die Truppe doch nur „Versailles“ und die Auseinandersetzung mit dem Täter Stalin gekannt, erst danach habe es Auschwitz gegeben, davon habe man doch nichts wissen können – als wären der Faschismus von 1933 bis 1941 irgendwie entschuldbar und die Kriegsvorbereitung und dann Kriegsführung Hitlers zudem eine Art gerechter Verteidigungskrieges gegen den Kommunismus – gegen den ja alles erlaubt sei – gewesen.

Unsere Ausstellung – gestaltet von VVN-BdA, IG Metall und Rechtem Rand – geht über die letzte Phase des Aufstandes „der Anständigen“ weit hinaus, der heute offiziell beendet erscheint. Unser Aufstand geht weiter, denn Neonazismus ist kein vorübergehendes Problem und Phänomen.

Wir müssen weiter Mut machen. Wir müssen leider weiter wachsam bleiben.



Und wir müssen solchen Zuständen wehren, wie wir sie erschüttert vorige Woche aus TV-Monitor erfuhren: Da schreibt ein Mädchen aus Dortmund, das im Oktober 2000 erstmals im Leben an einer Demonstration gegen die Neonazis teilnahm und sogleich von Polizisten des Rechtsstaates verprügelt wurde, an den Ministerpräsidenten Wolfgang Clemens, um sich vertrauensvoll bei ihm über die „schlagenden Argumente“ der Polizei zu beklagen. Und was tat der Ministerpräsident? Tröstete er das Mädchen, entschuldigte er sich für seine Polizei? Nein, er übergab den Brief an die Staatsanwaltschaft. Und nun ermittelt diese – nicht gegen die Polizei, sondern gegen die Schülerin.

Wir sind tief beunruhigt über dieses Verhalten von Politikern, von Polizei und Justiz. Sie tun nicht genug gegen die Rechten. Das ist noch vorsichtig ausgedrückt. Oder was soll man dazu sagen, dass all die schlimmen rechten Aussagen, die wir hier auf 27 Tafeln lesen können, vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nur als „missliebige Meinungen“ angesehen werden, die zu dulden seien, wenn Worch und seine Neonazi-Banditen durch unsere Städte ziehen? Am 20. Juli wollen Worch und Co. erneut in Soest aufmarschieren. Treten wir ihnen entgegen.

Wir meinen, der Faschismus ist keine nur missliebige Meinung. Er ist überhaupt keine Meinung. Er ist ein Verbrechen. Es muss bekämpft werden. Dem – und der Wachsamkeit gegenüber den Rechtsaußensignalen aus der Mitte - soll unsere Ausstellung dienen. ■

Pläne des Hamburger Senats zur „geschlossenen Unterbringung"

Erste Kinder-Abschiebungshaftanstalt?

Scharfer Protest von PRO ASYL, Hamburger Flüchtlingsrat und Bundesfachverband: „Rückfall in autoritäre Erziehungsvorstellungen".

Mit scharfer Kritik reagieren PRO ASYL, der Hamburger Flüchtlingsrat und der ‚Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge' auf die Pläne des Hamburger Senats zur „geschlossenen Unterbringung" von ausländischen Minderjährigen. Bei der Präsentation des Konzepts zur geschlossenen Unterbringung für straffällige Kinder am 3. Juli 2002 in Hamburg, das in der Fachöffentlichkeit auf eindeutige Ablehnung stieß, wurde ‚nebenbei' die Einrichtung einer Abschiebungshaftanstalt für ausländische Minderjährige zum 1. Oktober 2002 vorgestellt.

Es werden zunächst 15 Plätze für solche Minderjährige geschaffen, die „wegen illegalen Aufenthalts oder ihrer Straftaten" mit ihrer Abschiebung rechnen müssen. Dies wäre bundesweit die erste Abschiebungshaftanstalt speziell für Kinder. Flüchtlingsorganisationen haben bereits in der Vergangenheit auf den Skandal hingewiesen, dass in Deutschland auch Kinder in Abschiebungsgefängnissen inhaftiert werden. Statt diesen Missstand endlich zu beseitigen, geht Hamburg nun noch schärfer gegen ausländische Minderjährige vor. Die völlig unangemessene Inhaftierung von Minderjährigen wird nun auch noch institutionell verankert.

PRO ASYL befürchtet außerdem, dass auch minderjährige Flüchtlinge betroffen sein könnten, da der bloße illegale Aufenthalt schon zur Unterbringung ausreichen soll. Statt die in Hamburg ankommenden Flüchtlingskinder in Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen, müssen sie künftig ihre Inhaftierung befürchten. Die Einrichtung einer Abschiebehaftanstalt für ausländische Kinder ist ein „eklatanter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention", so PRO ASYL-Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann. „Nach Artikel 3 der Konvention ist bei allen Maßnahmen das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen und nach Artikel 37 sollten Kinder grundsätzlich nicht in Haft genommen werden." Das gelte für unbegleitete Flüchtlingskinder in besonderer Weise. Nicht der Gedanke der Betreuung und beschützenden Inobhutnahme kennzeichnet das Hamburger Konzept, sondern der der Ausgrenzung und Bestrafung. Für die Jugendlichen, die zwecks Abschiebung eingesperrt werden sollen, soll es nicht einmal eine pädagogische Betreuung oder die Möglichkeit des Schulbesuches oder einer Ausbildung geben. Die einzige Perspektive, die man diesen Jugendlichen zugesteht, ist die Abschiebung. „Das Konzept des Hamburger Senats verstößt gegen alle Prinzipien einer gewaltfreien demokratischen Erziehung und markiert einen Rückfall in vordemokratische obrigkeitsstaatliche Erziehungsvorstellungen der Vergangenheit", erklärte Heiko Kauffmann. „Kinder gehören nicht in Knäste und dürfen erst recht nicht in Krisen- und Kriegsregionen abgeschoben werden!", warnte Albert Riedelsheimer.

PRO ASYL, der Hamburger Flüchtlingsrat und der Bundesfachverband fordern den Hamburger Senat auf, diese Pläne umgehend zurückzuziehen und stattdessen die Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention umfassend umzusetzen.

gez. Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied PRO ASYL
gez. Albert Riedelsheimer, Vorstandsmitglied Bundesfachverband ■

Der Hamburger Senat will die geschlossene Unterbringung für straffällige Kinder und Jugendliche wieder einführen. Zunächst sollen ca. 90 geschlossene Plätze in Einrichtungen der Jugendhilfe geschaffen werden. Welches Konzept damit verbunden ist, wird aus der Tatsache deutlich, dass es den Angaben des Diakonischen Werkes zufolge im ganzen Bundesgebiet bisher 130 Plätze gibt, ver.di nennt die Zahl 140. Dazu der Fachbereichsleiter Jugendhilfe der Diakonie,

Inhaftierung schon ab 12?

Martin Apitzsch: „Werden Straftaten junger Menschen verfolgt, ist die Justiz aufgefordert, geltendes Recht anzuwenden und geeignete Maßnahmen einzuleiten. Geschlossene Unterbringung in der Jugendhilfe kann aber nicht aufgrund von Straftaten oder zum Schutz der Bevölkerung angeordnet werden. Hier muss der Richter ausschließlich prüfen, ob das Wohl des Minderjährigen gefährdet ist. Für eine kurze Zeit ist gesicherte Unterbringung rechtlich nur dann zulässig, wenn andere Hilfen gescheitert sind. Im Ergebnis wird es nur selten zu richterlichen Verfügungen zur geschlossenen Unterbringung kommen, so dass die Anzahl von 90 Plätzen völlig überdimensioniert ist."

Die Erfahrungen der gigantischen Gefängnisbauprogramme in den USA (oder auch hierzulanden) lehren, dass Gefängnisplätze, sind sie erst einmal geschaffen, auch belegt werden. Gesetze werden verschärft, Gefängnisstrafen häufiger verhängt, verhängte Strafen härter ... Intention der Einrichtung der zunächst 90 Plätze in geschlossenen Einrichtungen dürfte es gerade sein, den Druck auf die Gesetzeslage und die Rechtsprechung der Jugendgerichte zu erhöhen.

Prompt meldete sich die Schill-Partei erneut mit der Forderung, die Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre herabzusetzen. Schills Mannen wollen eine entsprechende Bundesratsinitiative und damit ein Roll Back in Gang bringen, das die Reformansätze der 60er, 70er und 80er Jahre vollends zunichte macht. Es droht ein gewaltiger Schritt zurück in Richtung Reichsjugendgerichtsgesetz von 1943, mit dem der faschistische Staatsapparat seinerzeit die Strafmündigkeitsgrenze in bestimmten Fällen von 14 auf 12 Jahre senkte und dem Gedanken der Einsperrung Jugendlicher als Zuchtmittel und der Rachephantasie des „kurzen harten Schocks" freie Bahn verschaffte. Ähnliche Vorstellungen finden sich durchaus in den Positionen der Schill-Partei wieder.

Nach den Hochrechnungen der Hamburger Diakonie kostet die Einrichtung der zunächst 90 Plätze in geschlossenen Einrichtungen jährlich 7 Mio. Euro. Fast gleichzeitig gab der Senat bekannt, dass ab 2003 6 Mio. Euro jährlich bei den Hilfen zur Erziehung eingespart werden. Wenig kennzeichnet deutlicher, dass es dem Rechts-Schill-Senat um die Durchsetzung einer ultra-reaktionären Gesellschaftskonzeption geht. scc ■

Aufgerufen zur Dreiland-Demo hatten rund 80 Menschenrechts-, Flüchtlings- und Exilorganisationen aus dem Dreiländereck Elsass, Südbaden und Nordwestschweiz. Gekommen sind rund 2000 mehrheitlich jugendliche Personen unterschiedlichster Herkunft.

Dreiländer-Demonstration

„Die Grenzen zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich stellen für viele Menschen unüberwindbare Hindernisse dar. Wir wollen die Grenzen durch elsässisch-badisch-schweizerische Zusammenarbeit auflösen“, hatten die aufrufenden Organisationen in ihrem Dreiländer-Manifest proklamiert. Am Samstag machten sich die Dreiland-DemonstrantInnen mit oder ohne Pass auf einen langen und symbolischen Marsch über diese Barrieren hinweg. Sie passierten – für einmal ohne Kontrolle – die Außengrenze der EU zur Schweiz und die EU-Binnengrenze zwischen Frankreich und Deutschland, um an den traurigen Monumenten des Grenzregimes ihre Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen zu zeigen.

Letzte Station auf diesem Weg und zugleich markantestes Zeichen der Ausgrenzung war das mit mehreren Absperrzäunen und Hochsicherheits-Stacheldraht abgeschirmte Ausschaffungsgefängnis neben der Basler Flüchtlingsempfangstelle in unmittelbarer Nähe zur schweizerisch-deutschen Grenze. „Hier werden Menschen gefangen gehalten, die nichts verbrochen haben, außer dass sie unerwünscht sind und den richtigen Stempel auf dem richtigen Papier nicht vorweisen können“, erklärte Dieter Bäumli von „augen auf Basel“ den DemonstrantInnen.

Die zahlreichen Redebeiträge auf der Demoroute richteten sich gegen die schrankenlose Überwachung im Grenzraum, gegen die Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetze sowie gegen die Ausbeutung und Kriminalisierung der EinwanderInnen von außerhalb der EU, insbesondere der Sans-papiers. Die DemonstrantInnen schickten eine Grußbotschaft an die Sans-papiers, die die Universität von Sevilla besetzt haben. In dieser Stadt findet vom 21.-22. Juni 2002 der EU-Gipfel „gegen die illegale Migration“ statt. Sans-papiers, die Sklaven des 21. Jahrhunderts, würden ausgerechnet in jenen Länder benutzt und kriminalisiert, die glauben, sie seien die Verteidiger der Demokratie und der Menschenrechte, hielt Hans Schäppi vom Basler Gewerkschaftsbund (BGB) fest.

„Grenzen auf für die Polizei, verstärkte und erweiterte Grenzkontrollen für alle, die ‚fremdländisch‘ aussehen – das kann nicht unsere Version von Europa sein“, rief Heiner Busch von Solidarité sans frontières den Versammelten auf dem Basler Claraplatz zu: „Wenn die Bürger- und Menschenrechtsorganisationen diesem Wettlauf zu einem Europa der Polizeien und Abschottung etwas entgegen setzen wollen, müssen sie selbst grenzüberschreitend handeln.“

Vom Claraplatz bis kurz vor dem Friedlinger Zoll war der Basler Demonstrationszug eigentlich ein Demonstrations-Tram – behängt mit Transparenten und gelenkt von Trämli-Führer und Journalist Beat Leuthardt (Verfasser diverser Bücher zur Grenzproblematik). Der anschwellende Demozug überquerte die Grenze und traf im Rheinpark, bei brütender Hitze, auf die DemonstrantInnen von Frankreich und Deutschland. Die fliegende Beiz von Stefan erlöste vom Durst. Hannes Reiser vom Sans-papiers Kollektiv kommentierte das Grenzregime in Europa und am Ort. In Weil am Rhein war der Demo-Zug auf 2000 Personen mit unzähligen farbigen Transparenten angewachsen. „Wer Sans-papiers beschäftigt, macht extreme Sonderprofite“ sagte Jost Arnet von der GBI vor den schwitzenden, im Schatten kauernden DemonstrantInnen auf dem Marktplatz in Weil, und führte die Sklaverei des 21. Jahrhunderts vor Augen. Das erpresserische System funktioniere aber nur, wenn Polizei und Behörden kräftig mitspielen, wenn ein Teil der Rechtlosen regelmäßig verhaftet und ausgewiesen werde. Arnet und Schäppi prangerten zudem die Visumspolitik für die rund 560 000 in der Schweiz Arbeitenden aus Nicht-EU-Ländern an: Um Verwandte in der Heimat zu besuchen, müssten sie sich für die Durchreise durch Italien und Österreich einem zeitraubenden und aufreibendem Visumsprozedere unterziehen.

130 Tote habe das deutsche Grenzregime im letzten Jahr gefordert, viele Hundert MigrantInnen seien verletzt worden oder verletzten sich selbst aus Angst vor Abschiebungen, erläuterte Walter Schlecht vom südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA): „Für Personen und ihre Bewegungen, für Migration und die Flucht vor Ausbeutung und Unglück existiert keine Freiheit.“ Und Christian Möller ergänzte vor dem Gebäude des Bundesgrenzschutzes (BGS) und den davor positionierten Grenzschützern: „‚Nacheile‘ und gemeinsame Kontrollen sind inzwischen Tagesordnung. Der BGS wird aufgerüstet, zur nationalen Polizei verwandelt. Die Bevölkerungsmehrheit lässt es über sich ergehen. Sie geht davon aus, nicht davon betroffen zu sein. Das ist allerdings eine Illusion.“ Der Erfolg der Dreiländer-Demonstration liege in der Verbindung über die Grenzen hinweg. Bei aller Verschiedenheit sei die globale Solidarität wichtig, die immer vor Ort angebunden sein müsse.

Nach den Strapazen der sechsstündigen Demo unter praller Sonne bot das Basler Sans-papiers-Kollektiv in den schattigen Langen Erlen Speis und Trank an.

Bern, den 17. Juni 2002, a.l. und h.b. ■

Apartheidopfer bereiten Sammelklagen gegen deutsche Banken vor

FRANKFURT. Nach den am 19. Juni eingereichten Sammelklagen von Apartheidopfern gegen Schweizer und amerikanische Banken werden ähnliche Verfahren jetzt auch gegen die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank vorbereitet. Das teilte die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika in Frankfurt mit. Seit drei Jahren versucht der Koordinierungskreis der Kampagne, mit den drei Banken über ihre Verwicklung mit der Apartheid und Entschädigungen für die Apartheidopfer zu verhandeln. Letzte Gesprächsangebote wurden von den Banken auf ihren diesjährigen Jahreshauptversammlungen im Mai und Juni entschieden zurückgewiesen (Deutsche Bank, Commerzbank) oder erneut ausweichend behandelt (Dresdner Bank). Der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Breuer, erklärte wörtlich: „Wir verstehen Ihre Anfrage nicht. Reden – nein, reden werden wir mit Ihnen nicht!“ Die Kampagne verfügt über umfangreiches Material, dass die Finanzierung der Apartheid durch deutsche und Schweizer Unternehmen belegt. Schon 1999 veröffentlichte sie die Studie Mascha Madörin, Gottfried Wellmer, Martina Egli, „Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz“ (Stuttgart 1999), eine weitere umfangreiche Untersuchung Gottfried Wellmers wird demnächst vorgelegt. Weitere Informationen bieten die Internetseiten der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (www.woek.de) und von medico international (www.medico.de). Der Koordinierungskreis begrüßt die Klagen: „Deutsche Banken und Konzerne haben die Apartheid jahrzehntelang völkerrechtswidrig mitfinanziert und sich damit auch massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Die Klagen werden sie zwingen, ihre Verantwortung offen zu legen und die Opfer endlich in vollem Umfang zu entschädigen.“

Material und weitere Information bei:
Anne Jung, medico international,
Tel. 069/94438-27 ■

Karawane startet am 17.8.

Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ wird am 17. August in Bremen beginnen und am Abend vor der Bundestagswahl, dem 21. September in Berlin enden. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwangen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen aufzustehen! ■

No-Border Camp Strasbourg 19.7.–28.7.2 – Der Konvoi von Jena

JENA. Vom 12. bis 19. Juli findet in Jena das 5. antirassistische Grenzcamp statt. Am letzten Tag startet vormittags von dort ein Konvoi in Richtung Strasbourg, wo an diesem Freitag die Zelte zum ersten internationalen Nobordercamp aufgeschlagen werden. Der Konvoi macht in Frankfurt, das auf der Wegstrecke liegt, einen Zwischenstop, und zwar am Flughafen im Bereich der Cargo City Süd. Damit soll einerseits in der Nähe des neu eingerichteten „Transitlagers“ gegen Internierung und Abschiebung protestiert und sich somit auch noch mal auf den Schwerpunkt des Grenzcamps im vergangenen Jahr in Frankfurt/Kelsterbach bezogen werden. Der Treffpunkt am Frankfurter Airport ist ca. 14 Uhr in der Cargo City, wo der „Freedom of Movement“- Konvoi von Jena begrüßt werden soll. Gegen 14.30 Uhr wird es eine Kundgebung mit Beiträgen gegen Abschiebung und Internierung und zum Auftakt des Internationalen Nobordercamps in Strasbourg sowie zum Jahrestag der Demonstrationen in Genua geben. Um ca.15.30 Uhr gemeinsame Abfahrt nach Strasbourg (weitere Infos: www.aktivgegenabschiebung.de)

Zur Struktur des No-Border Camps

Dort angekommen werden schon die ersten Zelte aufgeschlagen stehen, verteilt um etwa sechs Küchen und auf mindestens acht „Barrios“ („Stadtviertel“). Die „Barrios“ werden jeweils einen Raum zur Diskussion, Kücheninfrastruktur, Toiletten und weitere Dinge des täglichen Lebens umfassen. Diese Struktur ist zur besseren Organisation des Camps und für eine bessere Einbindung der CamperInnen gedacht. Die Gefahr, dass nationale oder sonstige Identitäten reproduziert werden, soll auf jeden Fall vermieden werden – darum geht der Aufruf an alle, sich so gut wie möglich zu mixen!! Die „Barrios“ sollen eine der beiden politischen Organisationsformen des Camps werden. Innerhalb ihrer sollen die Dinge des alltäglichen Lebens diskutiert und organisiert werden. Die zweite Struktur soll aus dem das ganze Camp umfassenden Plenum bestehen. Für dieses ist gedacht, das die „Barrios“, Bezugs- und Arbeitsgruppen (legal team, medical team, security team „Bertha“, ...) sowie sonstige Zusammenschlüsse Delegierte schicken können, um die kollektiven Entscheidungen (z.B. die Form der Abschlussaktion am Samstag den 27.7.) zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen.

Das Programm wird das ganze Camp über immer wieder aktualisiert werden. Was schon feststeht, sind die abendlichen Foren:

Sonntag: freedom of movement, Montag: freedom of communication and movement, Dienstag: ‘cross over debate’ exchange between activists involved in pga and noborder projects, Mittwoch: migration & work with guests from the us, spain, italy, ..., Donnerstag: security stare & social control central evening, Freitag: colonial justice. Außerdem sind Work-shops angekündigt, haben aber noch keinen festen Termin.

Auf der Webseite ist das Programm unter www.noborder.org/ strasbourg/ zu finden. Für Samstag den 27. Juli soll es eine gemeinsame Abschlussdemo oder Aktion geben. Die genaue Form und Ausrichtung wird noch diskutiert und soll sich auch aus der Dynamik des Camps ergeben.

Von den Vorbereitungsgruppen wird dringend empfohlen, Fahrräder mitzubringen. Mittels Rädern wäre eine viel größere Flexibilität gegeben und es wäre viel schneller möglich, vom Camp in die Stadt und zurück zu kommen. Gerade auch für Demos u.a. Aktionen wären Fahrräder sehr sinnvoll.

Um in den nächsten Tagen auf dem Laufenden zu bleiben wurde eine E-mail Liste eingerichtet: Schickt eine leere Email an diese Adresse, um reinzukommen:stra-l-request@noborder.org (SUBJECT=subscribe)

Außerdem braucht das Camp noch Zelte, große Mengen an Essen, Geld, und und und .. *jub* ■

EU-Gipfel verschärft Kurs gegen Einwanderer

Fluchtburg statt Festung!

Die reichen Staaten Europas schotten sich immer mehr gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Über Fluchtursachen und darüber, was getan werden kann und muss, um solche Fluchtursachen und den weiter zunehmenden Abstand zwischen reichen und armen Regionen, zwischen reichen und armen Staaten auf diesem Globus zu korrigieren, wird fast gar nicht mehr geredet. Entwicklungshilfe-Etats bleiben lächerlich gering, allein Scharpings neue Lufttransportflugzeuge kosten mehr als der gesamte Entwicklungshilfe-Etat eines Jahres. Diese Entwicklung hat sich auch auf dem jüngsten EU-Gipfel in Sevilla fortgesetzt.

Wie eng diese Festungspolitik verbunden ist mit der gesamten „Anti-Terror-Politik“ des Westens – also im Grunde inklusive Krieg in Afghanistan und als nächstes der Krieg gegen den Irak –, bestätigte der Gipfel dabei gleich zu Beginn, als nun auch die Staats- und Regierungschefs der EU die vorher von den Innen- und Justizministern verabschiedete sogenannte „Terror-Liste“ bestätigten. Damit sind sowohl die Kurdische Arbeiterpartei PKK als auch die baskische ETA nun förmlich von allen EU-Staaten als „terroristisch“ zu behandeln – also auch von solchen wie Österreich oder den skandinavischen Ländern, die bisher z.B. kein PKK-Verbot wie Deutschland hatten oder gar keine „Anti-Terror-Gesetze“. In Spanien selbst droht nun als nächstes ein Verbot von Herri Batasuna – das erste große Parteienverbot in Spanien nach der Überwindung des Franco-Regimes. Auf EU-Ebene soll – so zumindest die deutsche Regierungsposition – die Anti-Terror-Debatte außerdem zu einem weiteren Ausbau von Europol genutzt werden.

Im Zentrum der Beratungen in Sevilla aber stand die sogenannte illegale Einwanderung. Geplant waren, so die Bundesregierung in einem Vorabbericht zu Sevilla an den Bundestag, konkrete Maßnahmen „in den Bereichen Außengrenzsicherung, Visa- und Rückführungspolitik und Schritte gegen die illegale Beschäftigung … Hierzu gehören u.a. eine verstärkte Überwachung der Seegrenzen, gemeinsame Schulungsmaßnahmen, eine Grenzüberwachung in Form von gemeinsamen Patrouillen, einheitliche Visa und Sicherheitsnormen, Entwicklung eines europäischen Visa-Identifizierungssystems, gemeinsame Konzepte in der Rückführungspolitik sowie der Abschluss von Rückübernahmeabkommen“.

Die Staats- und Regierungschefs haben hierzu – trotz lebhaftem Drängen gerade der sozialdemokratisch regierten Länder wie Deutschland und Großbritannien – am Ende zum Glück keine konkreten Beschlüsse gefasst. Die Bedeutung des Treffens liegt dennoch darin, dass das Klima gegenüber den „Sans papiers“ schon allein durch die öffentlichen Erörterungen vor und in Sevilla erneut rauer geworden ist. Dafür ist insbesondere

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verantwortlich, der gemeinsam mit dem britischen Premier Tony Blair eine harte Anti-Immigrationspolitik verfolgte. Illegale Einwanderung wird nur noch unter Abwehrgesichtspunkten debattiert. Deshalb warnten Amnesty International und andere Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld des Gipfels ausdrücklich vor der Gefahr eines Abbaus von Menschenrechten für Flüchtlinge.

Auf einer Expertentagung des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR wurde vergangene Woche deutlich gemacht, dass die absolute Zahl der Einwanderer in den zurückliegenden Jahren gar nicht gestiegen ist. Durch die verschärften Visa- und andere Bestimmungen wurden immer mehr von ihnen in die Illegalität gedrängt. Nicht eine höhere Migration ist für die Zahl der „Illegalen“ verantwortlich, sondern das verschärfte Ausländerrecht in den EU-Staaten. Trotzdem sorgt gerade Deutschland dafür, dass sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Einwanderungsvorschriften immer restriktiver gefasst werden.

Vor Sevilla wurde vorgeschlagen, Entwicklungshilfe mit „Wohlverhalten“ bei der Rückübernahme von Flüchtlingen zu verbinden. Nun sollen nur noch solche Staaten mit Entzug von Entwicklungshilfe bestraft werden, die besonders „renitent“ sind. Dafür bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Rates. Aber: Was hat Entwicklungshilfe eigentlich mit „Wohlverhalten“ bei der Rückübernahme zu tun? Welche Kriterien gibt es dafür? Wann ist ein Staat so „renitent“, dass ihm die Entwicklungshilfe gestrichen wird? Interessant auch, dass gerade sozialdemokratische Regierungen (Deutschland und Großbritannien an der Spitze) die Entwicklungshilfe drastisch beschneiden wollten. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) sollte sich ernsthaft fragen, welchen Stellenwert ihre Aussage, die deutsche Entwicklungshilfe bekämpfe Fluchtursachen, noch hat.

In Sevilla wurde auch über die Einrichtung einer europäischen Grenzpolizei diskutiert. Ursprünglich war in Vorbereitungspapieren schon von der Errichtung einer eigenständigen europäischen Grenzpolizei mit eigenem Personalkörper und umfangreichen Befugnissen in den Mitgliedsstaaten die Rede gewesen. Davon wurde dann aber nach Einsprüchen mehrerer Mitgliedsstaaten wieder abgerückt. Statt dessen soll jetzt erst einmal die Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Grenzbehörden ausgebaut werden. Auch hierzu wurden am Ende in Sevilla keine formellen Beschlüsse gefasst. Trotzdem ist auch hier allein die öffentliche Erörterung schon ein propagandistischer Schritt zum weiteren Ausbau von Grenzkontrollen und Grenzsperren gegen Flüchtlinge. Bis März 2003 sollen zudem weitere Maßnahmen erörtert und vorbereitet werden, u.a. der EU-weite Austausch von Visa-Dateien. Niemand, der in irgendeinem EU-Staat abgewiesen wird, soll in Zukunft noch eine Chance haben, über einen anderen EU-Staat dennoch einzureisen.

Bei dieser Debatte wird zudem völlig außer acht gelassen, dass schon bisher Tausende von Menschen an den Außengrenzen gestorben sind. Bundesinnenminister Otto Schily versucht mit diesem Konzept, die Existenz des Bundesgrenzschutzes zu retten, der sonst arbeitslos würde. Folge wäre aber: Wir bauen neue Mauern um Europa.

Ruud Lubbers, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hat Recht, wenn er anlässlich des Weltflüchtlingstages mahnte: Europa muss Fluchtburg werden, Verfolgten und Menschen in Not Schutz bieten. Europa darf nicht Festung zur Abwehr von Flüchtlingen sein. *rül* ■

...Eine feine Gesellschaft, in die sich Schily da begibt ...

Das Verbot der kurdischen Sprache wird weiterhin aufrecht erhalten

Die türkische Koalitionsregierung hält weiterhin daran fest, keine positiven Schritte für die Anerkennung des Rechtes auf Bildung und Medien-Veröffentlichung in kurdischer Sprache sowie für die Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen. Aus diesem Grunde befindet sie sich in einer ernsten politischen Krise. Nachdem der MHP-(Partei der Nationalistischen Bewegung) Abgeordnete Mesut Türk den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit verbal angegriffen hatte, erklärten nun auch der Vizevorsitzende des Türkischen Parlaments, Murat Sökmenoglu, und der Abgeordnete Cemal Enginyurt (beide gehören der MHP-Fraktion an), dass die MHP sich von der Koalition zurückziehen werde, wenn für die Zulassung der kurdischen Sprache in den Bereichen Bildung und Medien mit anderen Parteien außerhalb der Koalition Bündnisse eingegangen werden sollten.

Lehrer wegen Kurdisch versetzt

Gegen Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Egitim-Sen (Gewerkschaft für Erziehung) aus Bingöl wurde ein Verfahren eingeleitet, weil auf dem 1. Ordentlichen Kongress der Egitim-Sen Transparente mit der Aufschrift „Muttersprache teilt nicht, sie vereint“ und „Muttersprache ist ein Recht und kann nicht verhindert werden“ angebracht wurden. Im Laufe des Verfahrens wurde gegen acht Vorstandsmitglieder ein einjähriges Beförderungsverbot und gegen sechs Vorstandsmitglieder ihre Versetzung außerhalb des Bezirks verhängt.

Auf Grund der Forderung nach kurdischer Sprache wurden in Van, in Amed (Diyarbakir) und in Urfa gegen HADEPler und Lehrer der Egitim-Sen Strafen wie Versetzung verhängt. Gegen Vargül wurde vor dem Staatssicherheitsgericht in Van ein Verfahren eingeleitet, weil er einen Vortrag gehalten hat über die negativen Auswirkungen auf Kinder, wenn sie Bildung ausschließlich ohne Muttersprache erhalten. M. Nesip Gültekin, Lehrer und Mitglied der Egitim-Sen, wurde auf Anordnung des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebietes von Amed nach Karayazi bei Erzurum versetzt. Der Grund ist eine Einladungskarte zu einer Feier mit kurdischer Aufschrift.

Kommission für „gefährliche“ Namen

Mit einem Erlass an die Gouverneure hat der türkische Innenminister die Bildung von Namenskommissionen angeordnet, um zu verhindern, dass Kinder kurdische Namen erhalten. Diese Kommissionen sollen in allen Bezirken gebildet werden und die Namen feststellen, die der „unteilbaren Einheit des Staates“ entsprechen oder nicht. Das Innenministerium hat sich mit diesem Erlass auch an die Einwohnermeldebehörden gewandt und gefordert, diejenigen zu denunzieren, die für ihre Kinder einen kurdischen Namen beantragen wollen. Es wurde auch bekannt, dass einige Beamte des Einwohneramtes Anträge mit kurdischen Namen nicht bearbeiten.

Die Türkei ist nicht bereit, Veränderungen in Bezug auf die in den Kopen-

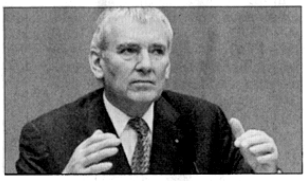
Gefahr „schleichender Islamisierung“

Minister warnt vor Türkisch-Unterricht – Schily: Ausländerkriminalität vorbeugen

Berlin/Hannover (dpa/AFP) – Die problematische Lebenssituation vieler Einwandererfamilien ist nach Worten von Bundesinnenminister Otto Schily mitverantwortlich für die Straffälligkeit jugendlicher Ausländer. Um die Kriminalitätsrate zu senken, müsse der Integrationsprozess gefördert werden.

Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD) forderte von Zuwanderern einen deutlich stärkeren Willen zur Integration. Er warnte vor einer „schleichenden Islamisierung“ in Deutschland. Große Gruppen von Türken in Deutschland lebten noch mit der Illusion, „eine Rückkehr ins Heimatland sei eine ernsthafte Lebensperspektive“.

Unter Hinweis auf eine wachsende Zahl von ausländischen Arbeitslosen und einem hohen Anteil von Ausländern an Sozialhilfeempfängern und jugendlichen Straftätern forderte Bartling, Deutschland müsse seine Erwartungen an Zuwanderer „deutlich formulieren und bereit sein, sie mit entsprechendem Nachdruck durchzusetzen“. Dazu gehöre, den türkischen muttersprachlichen Unterricht, in dem teilweise ein übersteigerter Nationalismus vermittelt werde, „zu reduzieren, wenn nicht gar ganz abzuschaffen“. Es müsse gefragt werden, ob Eltern ihren Kindern „mit religiös motivierten Bekleidungsvorschriften einen Gefallen tun“.



Setzt auf Bildungspolitik: Schily AP

Schily zählte bei einer Fachtagung des Forums für Kriminalprävention auch die Kinder von Spätaussiedlern zu den Problemgruppen. Die Experten beschäftigten sich am Beispiel türkischstämmiger Jugendlicher mit der Frage, wie Kriminalität vorbeugend verhindert werden kann. Das Forum wurde von Bund und Ländern gegründet.

Schily trat für eine konzentrierte Integrationspolitik und zielgerichtete Bildungspolitik ein. Der Sprachkompetenz maß er eine herausragende Bedeutung bei. In der Regel sei die ausländische Bevölkerung schlechter gestellt als die deutsche. Der Eingliederungsprozess jugendlicher Ausländer stagniere. In dieser Gruppe dominiere der Hauptschulabschluss. Ein Fünftel habe keinen Schulabschluss. 1999 machten 9,7 Prozent der ausländischen Jugendlichen das Abitur. Als dramatisch wertete er, dass fast jeder zweite jugendliche Ausländer keine abgeschlossene Berufsausbildung hat.

„Stuttgarter Nachrichten“, 9. Juli 2002: Kommt als nächstes dann der Vorschlag, dass niemand seine Kinder Mehmet oder Ayse nennen darf?

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten! Unser Ziel 3000 Euro!

Insgesamt sind bisher

***797,-* Euro eingetroffen**

(Stand 15. Juli)

Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507

Schill-Partei zaghaft?

Junge Freiheit Nr. 28/02 vom 5. Juli 2002

Unter der Überschrift „Wettlauf gegen Zeit und Zaghaftigkeit“ berichtet das Blatt groß über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl der Partei Rechtsstaatliche Offensive. Die Partei strebt an, in allen Bundesländern mit Landeslisten anzutreten, in Berlin will sie auch die Direktwahlkreise besetzen. Unklar ist jedoch, ob die Landeslisten-Aufstellung in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gelingt, die Landesverbände dort existieren noch nicht. Bis zum 18. Juli, dem letzten Einreichungstermin für die Landeslistenvorschläge, hat die Partei angeblich einen Aufnahmestopp verhängt, um zu verhindern, dass „Glücksritter“ und ungeprüfte Rechtsextreme eintreten und gar auf vorderen Listenplätzen landen. In Sachsen musste eine Versammlung des Ortsverbandes Dresden durch die Polizei beendet werden, weil der Beauftragte für Bürgeranliegen in der sächsischen Staatskanzlei, Karl-August Kamilli, den Vorstand wegen dessen abwartender Haltung zur Bundestagwahl angegriffen hatte. Kamilli ist inzwischen aus der Partei ausgeschlossen. Die Parteizentrale in Hamburg hat den Dortmunder Diplom-Chemiker Detlef Münch als Wahlkampfleiter für die alten Bundesländer eingesetzt, für die neuen Bundesländer und Berlin soll ein Zahnarzt aus Bernau zuständig sein.

Von integrationswütigen Deutschen und schrecklichen Fremden

Junge Freiheit Nr. 28/02 vom 5. Juli 2002

Integrations- und vor allem Assimilationsunwilligkeit wirft *Robert Stolz* den in der Bundesrepublik lebenden türkischen Migranten vor. Frech behauptet er: „Es ist eine durch die Geschichte und die allgemeine Lebenserfahrung bestätigte Tatsache, dass das Ausmaß der Integrationsbereitschaft nicht bei allen Völkern, Kulturen und Religionen gleich ist. Während die Deutschen sich in der Regel rechts schnell in fremde Völker einfügen bzw. in ihnen aufgehen, beharren ausgewanderte Türken, Araber und Albaner (erst recht, wenn sie Muslime sind) meist hartnäckig auf ihrer deutlich abgegrenzten Eigenständigkeit.“ Offensichtlich hat Stolz die sonst vom Blatt so geliebten „Russlanddeutschen“ vergessen, die vor über 200 Jahren ins Zarenreich auswanderten und bis heute als erkennbare Gruppe in der russischen Gesellschaft existieren und denen von der Bundesrepublik nach wie vor die Chance auf Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft gewährt wird. In seinem Ausländerhass versteigt er sich zu wilden Drohungen gegen alle, die gegenseitige Integration verlangen: „Nur wird diese Offenheit für alle und jeden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in einer paradiesischen Weltgemeinschaft aller Guten und Edlen enden, sondern in einer rabiaten Gegenreaktion.“

„Vorrang für nationale Interessen“

Republikaner 5-6/2002

„Danke, Jürgen“, so titelt das Republikaner-Blatt, das wie schon im März-April als Doppelnummer Mai-Juni erscheint, obwohl der Juli schon begonnen hat. Sowohl der Titel als auch das Interview beschäftigt sich mit den „Tabubrüchen“ Möllemanns. Kritisiert wird vor allem das „Einknicken“ Westerwelles. Im Interview mit Frank Vanhecke (Vorsitzender des Vlams Blok, stellv. Generalsekretär der technischen Fraktion Eurorechts im Europaparlament, seit 94 im EP, Mitglied im Kommunalrat der Stadt Brügge) sagt dieser „allen Parteien, die für Recht und Ordnung kämpfen“ eine „große Zukunft“ voraus. Wichtigstes Ziel sei es, die „nationale Identität“ zu behaupten gegen die „linke Gleichschaltung“. „Widerstand gegen den Terror von links bilde „in jeder Nation den Zement der rechten Ideen“.

Vorgestellt wird das neue Grundsatzprogramm, das auf dem Bundesparteitag in Künzell am 12. Mai 2002 verabschiedet wurde. Dokumentiert werden Auszüge aus dem Kapitel „Grundlagen“. Kern des Programms, so *Haymo Hoch*, der als Leiter der Grundlagenkommission interviewt wird, ist der absolute „Vorrang für nationale Interessen“.

Auf dem Parteitag wurde auch eine Resolution gegen den EU-Beitritt Polens und Tschechiens verabschiedet. Darin heißt es: „Für die heimatvertriebenen Bürger Deutschlands wäre es eine zweite Ausraubung, wenn sie mit ihren Steuergeldern die Sanierung uneinsichtiger Vertreiberstaaten über die EU-Kasse auch noch selbst bezahlen müßten.“ Es könne nicht hingenommen werden, dass Prag unter Berufung auf die Benesch-Dekrete bis heute „die Herausgabe des geraubten Eigentums der Sudetendeutschen“ verweigere und „die Räuber nd Mörder von damals der gerechten Strafe“ entziehe.

Zufrieden sind die REP mit den Plänen von Bundesinnenminister Schily, Asylbewerber von Fördermaßnahmen auszuschließen. Insbesondere die Absicht Schilys, Deutschland nicht zum Anziehungspunkt für Migranten werden zu lassen, die aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen kommen, entspräche einer alten republikanischen Forderung, heißt es in einer aktuellen Pressemitteilung auf den Internetseiten der REP. Bundesvorsitzender Rolf Schlierer: „Schily hat recht, wenn er jeden Anreiz für weitere Scheinasylanten beseitigen will. Damit bewegt er sich kontinuierlich auf die schon seit anderthalb Jahrzehnten von den Republikanern vertretene Position zu und übernimmt Punkt für Punkt unsere Forderungen. Wir Republikaner begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, weil eine republikanische Politik – unabhängig von wem sie durchgesetzt wird – der Zukunft unseres Landes dient.“ Schlierer fordert Schily auf, in konsequenter Fortsetzung dieser Linie für eine Abschaffung des Grundrechtsanspruchs auf Asyl einzutreten, um den Asylmissbrauch künftig wirkungsvoll zu unterbinden.

Da die REP Unterschriften sammeln müssen für ihre Wahlzulassung zur Bundestagswahl, rufen sie im Parteiblatt zur aktiven Unterstützung für’s Sammeln auf – beim desolaten Zustand wohl keine einfache Aufgabe. Der Landesverband NRW allerdings meldet, er habe sie bereits zusammen. *uld, u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507